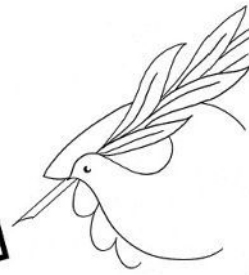


# FRIEDENS JOURNAL



## Deutschland im Niedergang


**welt** Ticke Suche Anmelden ABONNEMENT RND RND+ entdecken Newsletter Ticker Russlands Krieg Klima

**POLITIK AUSLAND**  
UKRAINE-KRIEG RUSSLAND USA CHINA EUROPA


**AUSLAND** US-PRÄSIDENT BIDEN

**„Wir werden es zu einem Ende bringen“**  
Veröffentlicht am 07.02.2022 | Lesedauer: 2 Minuten

532  
f  
t  
in  
✉  
🖨



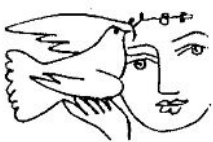
**Biden nach Gespräch mit Scholz: „Wenn Russland einmarschiert, wird es kein Nord Stream 2 mehr geben“**



Zwei Monate nach seiner Vereidigung ist Bundeskanzler Scholz erstmalig auf US-Präsident Biden getroffen. Scholz und Biden betonten die Einigkeit beider Länder, vor allem in der Ukraine-Krise. Beim Thema Nord Stream 2 machte der US-Präsident eine klare Ansage - Scholz wich dieser Frage jedoch erneut aus.

08.02.2022, 06:51 Uhr 🗨 👍 🐦 ⋮

- Das Ende des Wirtschaftswachstums
- Die Bilanz der Nordstream-Sprengung
- Globale Energiepartnerschaften und deutscher Neokolonialismus
- Hintergrundbericht und Kommentare zum aktuellen Nahostkonflikt
- Friedenspolitik, Gewerkschaften und sozialer Kahlschlag



Herausgeber:  
Bundesausschuss  
Friedensratschlag

Nov. - Dez. 2023/Nr. **6**

# Deutschland im Niedergang

## Inhalt

Das Ende des Wirtschaftswachstums	3
Die Bilanz der Nordstream-Sprengung	6
Globale Energiepartnerschaften und deutscher Neokolonialismus	8
Was geschah an dem Terror-Wochenende in Israel und Gaza?	10
Positionen zum aktuellen Nahostkonflikt	13
Höchste Zeit für Diplomatie	15
Friedenspolitik, Gewerkschaften und sozialer Kahlschlag	16
Aufruf zur bundesweiten Demo am 25.11.	17
Buchbesprechung: Moral über alles?	18
Friedensnetz Baden-Württemberg	19
Friedensratschlag 2023	20

## Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

### Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag  
Germaniastraße 14, 34119 Kassel  
[www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

### Redaktion:

Lühr Henken, Joachim Guilliard, Werner Ruf,  
Ewald Ziegler, V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

### Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,  
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 -77,  
60329 Frankfurt am Main  
e-Mail: [info@frieden-und-zukunft.de](mailto:info@frieden-und-zukunft.de)

### Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822  
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

### Internetausgabe:

auf [www.frieden-und-zukunft.de](http://www.frieden-und-zukunft.de)  
mit digitalem Archiv ab 2010.

ISSN 2193-9233

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22.10.23

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>

Zu den beiden Screenshots auf der Titelseite: Über die Urhebererschaft dieses Angriffs, die immer noch nicht bewiesen ist, wollen wir an dieser Stelle nicht sprechen. Es gibt aber eindeutige Hinweise ....

Liebe Leserinnen und Leser,

kriegerische Konflikte sind für die Mehrheit der Bevölkerung nicht die Hauptsorge. Zumindest für den Ukraine-Krieg gilt sogar, dass das öffentliche Interesse inzwischen deutlich geringer ist, als es die Darstellung in den Leitmedien vermuten lässt.

In einer kürzlich vorgestellten Langzeitstudie der R+V Versicherung „Die Ängste der Deutschen 2023“ heißt es, dass zwei Drittel der Bevölkerung Angst vor Wohlstandsverlust haben. Doch was bedeutet „Wohlstand“ eigentlich? Und was hat das mit der wirtschaftlichen Situation zu tun, die sich auch durch die chaotische Sanktionspolitik gegenüber Russland deutlich verschlechtert hat?

Dazu ist es notwendig, auf grundlegende strukturelle Probleme der gesellschaftlichen Entwicklung hinzuweisen, die nicht nur Deutschland betreffen. Christian Kreiss hat unter dem Titel „Das Ende des Wirtschaftswachstums“ ein Buch veröffentlicht, in dem die Vielzahl der sich auftürmenden gesellschaftlichen Probleme, die nicht nur Deutschland betreffen, ausführlich dargestellt werden. Das zusammenfassende Schlusskapitel wird im Folgenden abgedruckt.

In den letzten Wochen und Monaten häufen sich die Meldungen über den wirtschaftlichen Niedergang Deutschlands. Ein wesentliches Symptom dafür ist die Sprengung der Nordstream-Pipeline und das Ende der billigen Erdgasversorgung für Deutschland. Welche Folgen der bisher weltweit größte Terroranschlag auf eine zivile Infrastruktur für Deutschland hat, zeigt eine Analyse der Redaktion von German Foreign Policy zum ersten Jahrestag des Anschlags.

Der wirtschaftliche Niedergang Deutschlands mit all seinen Folgen ließe sich natürlich an vielen Beispielen aufzeigen. Die chaotische Energiepolitik, die auf völlig utopischen Grundlagen beruht, sticht dabei besonders hervor. Deshalb widmen wir diesem Thema einen eigenen Beitrag, in dem es vor allem um die damit verbundene

neokoloniale politische Ausrichtung geht.

Noch dramatischer für den Niedergang Deutschlands ist der mit den drastisch steigenden Rüstungsausgaben einher gehende soziale Kahlschlag. Es wäre daher Aufgabe der Gewerkschaften, insbesondere der in ver.di organisierten Beschäftigten, diesen engen Zusammenhang zu thematisieren, wie es Christof Ostheimer auf dem jüngsten ver.di-Kongress getan hat. Leider ohne Mehrheit, für die es weiter zu kämpfen gilt.

Aus aktuellem Anlass haben wir natürlich auch mehrere Beiträge zu den jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten aufgenommen. Karin Leukefeld hat unmittelbar nach dem Wochenende vom 7. und 8. Oktober einen Hintergrundbericht verfasst, den wir in dieser Ausgabe gekürzt und aktualisiert abdrucken.

Eine Kommentierung der Ereignisse ist insbesondere in Deutschland schwierig, da als „Staatsräson“ ein bedingungsloses Eintreten für den Staat Israel und dessen Politik gefordert wird. Jede Regung, die Empathie für das Schicksal der Palästinenser fordert, wird deshalb sofort als „Antisemitismus“ gebrandmarkt. Wir haben in dieser Ausgabe drei Kommentare abgedruckt, die in ihrer Gesamtheit auch von uns als Redaktion getragen werden.

Wir halten es für notwendig, dass am 25. November mit einer bundesweiten Demonstration in Berlin gegen die vorgesehene, drastische Erhöhung der Rüstungsausgaben und die einseitigen Schuldzuweisungen bei den kriegerischen Konflikten in der Ukraine und im Nahen Osten demonstriert wird.

Für den anstehenden 30. bundesweiten Friedensratschlag in Kassel am 9. und 10. Dezember haben wir bereits das Programm angepasst, damit auch der aktuelle Nahostkonflikt einen zentralen Stellenwert haben wird. Dieses jährliche Forum zum persönlichen Austausch zu aktuellen Fragen soll auch weiterhin wichtige Impuls für örtliche Friedensaktivitäten geben.

Karl-Heinz Peil

## Das Ende des Wirtschaftswachstums

von Christian Kreiß

Auszug aus dem Buch: *Das Ende des Wirtschaftswachstums - Die ökonomischen und sozialen Folgen mangelnder Ethik und Moral (Abschlusskapitel mit zusammenfassenden Thesen).*

### Die Kernthese

Die Zeiten ständigen realen Wirtschaftswachstums in der westlichen Welt, in den meisten Industrieländern und einigen Entwicklungsländern sind vorbei. Wir sind schon längst in einer säkularen Wende. Für den Großteil der Bevölkerung wird es kaum mehr reales, wohlfahrtssteigerndes Wirtschaftswachstum geben, vermutlich sogar eine Schrumpfung.

In einigen Industrie- und Entwicklungsländern ist dies bereits seit etwa 10 bis 20 Jahren für einen Großteil der Bevölkerung der Fall, beispielsweise in Großbritannien, Italien, Brasilien, Südafrika, Japan, Mexiko, Deutschland und den USA und sicher auch in einigen anderen Ländern.

### Gründe für den Niedergang

Die Gründe dafür sind

|1| **Abnehmende Gesundheit**, zunehmende Zivilisationskrankheiten, steigende Umweltbelastungen: Dadurch müssen wir immer mehr arbeiten, nur um unseren Gesundheitszustand und eine intakte Natur aufrechtzuerhalten.

|2| **Zunehmende Ungleichverteilung**: Dadurch kommt bei dem unteren Teil der Bevölkerung von einem etwaigen Wirtschaftswachstum wenig oder nichts an.

|3| **Sinkende Moral- und Ethikstandards** und abnehmendes Vertrauen: Das führt zu immer mehr Wirtschaftskriminalität, Kundenübertreibung und unproduktiven, unnötigen Tätigkeiten wie geplanten Verschleiß, Marketing, Rechtsstreits, zu immer mehr Kontrolle, Bürokratie, Aufsichtspersonen, Security, Überwachungskameras usw.

### Rahmenbedingungen für Wohlstand

Ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte zeigt, dass Industrialisierung und Wirtschaftswachstum nur möglich sind, wenn drei gesellschaftliche Rahmenbedingungen erfüllt sind. Liegen die

Rahmenbedingungen nicht vor, gelingt der Aufstieg zur Industrienation in der Regel nicht.

Für die Nationen, die einmal einen hohen materiellen Lebensstandard erreicht haben ist das Fortbestehen der drei Rahmenbedingungen erforderlich. In dem Maße, in dem diese Voraussetzungen nicht mehr erfüllt werden, werden auch Wirtschaftswachstum und Wohlstand abnehmen.

Die drei Rahmenbedingungen sind:

|1| **Ein funktionierendes Rechtssystem**, das die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz, gleiches Recht für alle, gleiches demokratisches Wahlrecht und die Wahrung der Menschenrechte sicherstellt.

|2| **Sozial-ökonomische Mindeststandards**, insbesondere Vorliegen eines gewissen Mindestmaßes an Gleichverteilung.

|3| **Freie Bildung und Wissenschaft**, freies Kultur- und Geistesleben sowie Existenz und Einhalten bestimmter ethischer und moralischer Mindeststandards. Da diese drei Bedingungen in vielen Ländern immer weniger erfüllt werden, dürften auch Wirtschaftswachstum und realer Wohlstand in Zukunft abnehmen.

### Indiz: Gesundheit und Umwelt

Ein Blick auf die Entwicklung der Zivilisationskrankheiten in den letzten Jahrzehnten sowie insbesondere auf die Gesundheit unserer Kinder zeigt uns erschreckend, wie stark chronische Krankheiten auf dem Vormarsch sind, wie sehr die Resilienz, die körperliche und geistig-seelische Widerstandskraft der Menschen abnimmt.

Depressionen und depressive Verstimmungen nehmen deutlich zu, die Zahl der Drogentoten sowie der Suizide steigt ständig an. Je kranker wir werden, desto weniger Erwerbsarbeit können wir leisten und desto mehr gesellschaftliche Ressourcen müssen wir in den Gesundheitssektor stecken, um überhaupt gesund und arbeitsfähig zu bleiben. Je mehr Zeit, Geld und Kraft wir für den Gesundheitssektor aufwenden müssen, um unsere Gesundheit aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen, desto geringer wird

unser realer Wohlstand. Das gleiche gilt für unsere Umwelt und das Klima.

Je mehr Ressourcen wir aufwenden müssen, um eine gesunde Umwelt wiederherzustellen und schädliche Klimaauswirkungen abzuwenden, desto mehr vermindert sich unser realer Wohlstand.

### Indiz: Ungleichverteilung

In den meisten Ländern der Welt hat in den letzten 40 Jahren die Ungleichverteilung zugenommen. Dadurch partizipieren immer weniger Menschen vom Wirtschaftswachstum. Bei einem großen Teil der Bevölkerung kommt von dem offiziellen Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte wenig oder nichts an. Für breite Bevölkerungskreise hat in einigen Ländern schon vor vielen Jahren das Ende des Wirtschaftswachstums eingesetzt.

### Indiz: Sinkende Moral- und Ethikstandards

Moral- und Ethikstandards sind äußerst schwer empirisch zu messen, deshalb kann man versuchen, ihre Entwicklung über einige Indikatoren abzuschätzen. Die Ausgaben für Überwachung und Security nehmen in vielen Ländern in den letzten Jahrzehnten dramatisch zu. Wann muss man mehr überwachen und mehr Security-Personal einstellen? Sicherlich nicht wenn die Menschen immer anständiger und ehrlicher werden.

Ähnliches gilt für die Arbeit von Rechtsanwältinnen, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern, deren Zahl sich in Deutschland in der Nachkriegszeit vervielfacht hat. Je geringer das Vertrauen, je stärker der Egoismus in einer Gesellschaft wird, desto mehr solcher Tätigkeiten brauchen wir. Sie erhöhen nicht den realen Wohlstand, sondern senken ihn.

Ein weiterer Hinweis auf sinkende Wirtschaftsethik ist die zunehmende Verbreitung von Geplantem Verschleiß, eine Form von Kundenbetrug, da über die verdeckte Verkürzung der Nutzungsdauer eine versteckte Produktverteuerung durchgesetzt wird.

Werbung ist ihrer Natur nach einsei-



Grafik: Designed by macrovector / Freepik

tig, unehrlich und irreführend.

Je mehr Werbung zunimmt, desto mehr werden Unehrlichkeit, Unredlichkeit, Unwahrhaftigkeit und Gier gefördert. Daher ist für mich ein Anstieg von Werbung ein guter Indikator für abnehmende Wirtschaftsethik. Bürokratie, Zertifizierungen, Akkreditierungen usw. haben in den letzten Jahrzehnten in fast allen Branchen dramatisch zugenommen, die Klagen darüber quer durch das ganze Wirtschaftsspektrum sind ausführlich und lang.

Wann muss man mehr und gründlicher verwalten, zertifizieren, kontrollieren, akkreditieren usw.? Sicherlich nicht, wenn das Vertrauen sinkende Moral- und Ethikstandards Moral- und Ethikstandards sind äußerst schwer empirisch zu messen, deshalb kann man versuchen, ihre Entwicklung über einige Indikatoren abzuschätzen.

Die Ausgaben für **Überwachung und Security** nehmen in vielen Ländern in den letzten Jahrzehnten dramatisch zu. Wann muss man mehr überwachen und mehr Security-Personal einstellen? Sicherlich nicht wenn die Menschen immer anständiger und ehrlicher werden.

Ähnliches gilt für die Arbeit von Rechtsanwälten, Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern, deren Zahl sich in Deutschland in der Nachkriegszeit vervielfacht hat.

Je geringer das Vertrauen, je stärker der Egoismus in einer Gesellschaft wird, desto mehr solcher Tätigkeiten brauchen wir. Sie erhöhen nicht den realen Wohlstand, sondern senken ihn.

Ein weiterer Hinweis auf sinkende Wirtschaftsethik ist die zunehmende Verbreitung von Geplantem Verschleiß, eine Form von Kundenbetrug, da über die verdeckte Verkürzung der Nutzungsdauer eine versteckte Produktverteuerung durchgesetzt wird.

**Werbung** ist ihrer Natur nach einseitig, unehrlich und irreführend. Je mehr Werbung zunimmt, desto mehr werden Unehrlichkeit, Unredlichkeit, Unwahrhaftigkeit und Gier gefördert.

Daher ist für mich ein Anstieg von Werbung ein guter Indikator für abnehmende Wirtschaftsethik. Bürokratie, Zertifizierungen, Akkreditierungen usw. haben in den letzten Jahrzehnten in fast allen Branchen dramatisch zu-

genommen, die Klagen darüber quer durch das ganze Wirtschaftsspektrum sind ausführlich und lang.

Wann muss man mehr und gründlicher verwalten, zertifizieren, kontrollieren, akkreditieren usw.? Sicherlich nicht, wenn das Vertrauen zunimmt, wenn Ehrlichkeit und Verlässlichkeit, wenn Treu und Glauben zunehmen. Deshalb ist die Verbreitung dieser Tätigkeiten für mich ein Indikator für abnehmende Wirtschaftsethik.

## Die tieferen Ursachen für den Niedergang

Fragt man nach den tieferen Ursachen für die stark zunehmenden Zivilisationskrankheiten, so zeigt sich, dass ein maßgeblicher Urheber dafür die Großkonzerne sind.

**Lebensmittelkonzerne** versuchen, um ihre Renditen zu maximieren, uns Konsumenten, insbesondere unsere Kinder, in ungesunde Ernährungsweisen zu drängen.

**Chemie- und Agrarkonzerne** sorgen im Dienst der Gewinnmaximierung dafür, dass möglichst viele Giftstoffe in die Natur ausgebracht werden.

Die **Automobilkonzerne** schrecken im Dieselskandal nicht vor bewussten Lügen zurück und bauen gar eine Abgas-Software ein, die die Lügen selbst am Prüfstand decken, um ihre Gewinne hochzutreiben.

Die **Pharmakonzerne** verkaufen uns ineffiziente Medikamente mit erheblichen gesundheitsschädigenden Nebenwirkungen, die sie verschweigen, um die Gewinne zu maximieren.

Die **Tabakkonzerne** kaufen sich Wissenschaftler, die behaupten rauchen sei kaum schädlich.

Über systematische Lobbymaßnahmen werden politische Entscheidungen herbeigeführt, die Konzerninteressen zu Lasten der Gesundheit der Menschen durchsetzen.

Letztlich würde dieses System ohne ein gewissen Maß an Bestechlichkeit nicht funktionieren. Letztlich sind also mangelnde Moral- und Ethikstandards bei Wirtschafts- und Politikeliten für die Entwicklung ausschlaggebend.

Das Gleiche gilt für die zunehmende Ungleichverteilung. Der Hauptgrund dafür sind leistungslose Einkommen in Form von Mieten, Pachten, Dividen-

den und Zinsen an die oberen 1% bis 10% der Bevölkerung. Unter moralischen Gesichtspunkten sind diese Zahlungen, die die Reichen von den Armen erhalten, ohne zu arbeiten, nur schwer vertretbar, wie beispielsweise Martin Luther sehr deutlich gemacht hat.

Über **Lobbyismus** gelingt es der Vermögenselite in den letzten Jahren immer mehr, auch die Politiker auf ihre Seite zu bringen und Entscheidungen im Sinne der Vermögenden zu treffen statt im Sinne der großen Mehrheit der Bevölkerung. Also letztlich sind auch für die steigende Ungleichverteilung mangelnde Moral- und Ethikstandards in Wirtschaft und Politik verantwortlich.

## Ursachen für sinkende Moral- und Ethikstandards

Sucht man nun weiter nach den Ursachen für sinkende Moral- und Ethikstandards, so lassen sich dafür mehrere Gründe finden. Es sollen zwei besonders hervorgehoben werden. Zum einen wirkt ein Großteil des Medienkonsums moralzersetzend. Kriegs-, Killer- und Egoshooter-Spiele fördern Empathielosigkeit und Verrohung vor allem bei unseren Jungs.

Dazu kommen Gewaltvideos, dark music und Pornographie, die ebenfalls respekt- und ethikerzetzend wirken. Internetforen wie Instagram, tiktok, snapchat usw. fördern vor allem bei Mädchen Eifersucht, Neid und Eitelkeit, vermehren Minderwertigkeitsgefühle, Ausgrenzungen und Selbstwertzweifel.

In dem Maße, in dem wir den Medienkonzernen ungehemmten Zugriff auf die Kinderzimmer erlauben, dürfte es mit den Moral- und Ethikvorstellungen in unserer Gesellschaft deutlich bergab gehen.

Zum anderen fördern unsere Wirtschaftswissenschaften Egoismus statt Altruismus. Über die beiden Axiome Gewinnmaximierung von Unternehmen und Nutzenmaximieren der Konsumenten werden moralschwächende Ideale in die Köpfe und Herzen der jungen Studierenden gesenkt.

Die ethisch fragwürdige Grundausrichtung der Wirtschaftswissenschaften strahlt weit über das Feld der Ökonomie hinaus in die Gesellschaft ein und fördert allgemein egoistisches statt sozialem Verhalten.

## Konstruktionsfehler im System

Warum sind die oben geschilderten ungunstigen Entwicklungen möglich? Weil es ständig Macht-Übergriffe von einem Gesellschaftsbereich in den anderen gibt. Die drei Bereiche

- |1| Rechtsstaat / Parlament / Demokratie,
- |2| Wirtschaftsleben,
- |3| Kultur- und Geistesleben sollten möglichst unabhängig voneinander bestehen. Die ist in der Realität aber nicht der Fall.

**Erstens** beeinflusst Wirtschaftsmacht, das heißt Geld- und Kapitalmacht einzelner Konzerne oder reicher Eigentümer über Lobbyismus Politiker und lenkt dadurch politische Entscheidungen in Richtung Vorteile für eine kleine Geldelite zu Lasten der Allgemeinheit.

**Zweitens** beeinflusst private Kapitalmacht unsere Wissenschaft und beeinträchtigt dadurch die Freiheit von Lehre und Forschung.

**Drittens** fließen über Geld- und Kapitalmacht große Summen in Werbung, die unsere Lebensgewohnheiten und Lebenseinstellungen manipuliert. Das stellt einen massiven und sehr schädlichen Übergriff des Wirtschaftslebens in unser Kultur- und Geistesleben dar.

**Viertens** wird unsere Pressefreiheit über die Eigentumsstrukturen der privaten Medienhäuser und über Anzeigen in Zeitungen und Medien eingeschränkt und zu Gunsten der Kapitalinteressen verfälscht. Auch das ist ein starker Übergriff des Wirtschaftslebens, von Geld- und Kapitalmacht in unserem Kultur- und Geistesleben.

**Fünftens** bestimmen Renditeinteressen großer Konzerne zum großen Teil, welche Werte unsere Kinder und Jugendlichen an ihren Bildschirmen in den Social Media oder in Kriegs- und Killerspielen vermittelt bekommen.

Ein weiterer Konstruktionsfehler im System sind unsere Staatsschulen und

-hochschulen. Hier nimmt der Staat, nehmen Politiker oder Ministerialbeamte Einfluss auf Bildungsinhalte, die ausschließlich von den Lehrenden, die tagtäglich mit Studierenden und Schülern zu tun haben, festgelegt werden sollten. Dadurch wird die Freiheit von Lehre und Forschung massiv beeinträchtigt.

Schulen und Hochschulen sollten freie, selbstverwaltete Institutionen sein ohne ständige staatliche Übergriffe.

Wenn diese Konstruktionsfehler an-



halten, werden auch die oben geschilderten negativen Entwicklungen weitergehen und das Ende des Wirtschaftswachstums besiegeln.

Wenn wir diese Konstruktionsfehler angehen und abbauen, könnten wir dadurch ungeheure Kräfte freisetzen. Dann bräuchten wir nicht 1,5 Millionen Zuwanderer pro Jahr, sondern könnten durch intelligente Umlagerung von unnötiger, unsinniger und schädlicher Arbeit in sinnvolle Tätigkeiten auf Jahrzehnte hinaus die Versorgung von Senioren und sozial Schwachen ermöglichen, statt unser Problem in andere Nationen zu exportieren.

## Schluss

Die skizzierten Fehlentwicklungen beruhen letztlich auf einem Verfall unserer Moral- und Ethikstandards. Je mehr der Egoismus überhandnimmt, desto sicherer gehen wir dem Ende des Wirtschaftswachstums entgegen. Aber nicht nur das. Unser Wohlstand wird dadurch in seinem Fundament gefährdet und ein friedliches, einvernehmliches gesellschaftliches Miteinander grundsätzlich in Frage gestellt. Letztlich hängt alles an der Moral.

## Die Bilanz der Nord Stream-Sprengung

von German Foreign Policy

**Vor einem Jahr wurden die Nord Stream-Pipelines gesprengt. Die Tat ist immer noch nicht aufgeklärt; die Folgen für die Erdgasversorgung der Bundesrepublik wiegen schwer.**

Ein Jahr nach dem Anschlag auf die Nord Stream-Pipelines ist die Tat noch immer nicht aufgeklärt, doch die Folgen für die Erdgasversorgung der Bundesrepublik sind gravierend.

Ergaben Recherchen des US-Journalisten Seymour Hersh, der Anschlag sei von US-Stellen geplant und auch umgesetzt worden, so favorisieren Politik und Medien in Deutschland eine These zum Tathergang, die die USA entlastet.

Die Sprengung der Pipelines schließt es aus, dass diese in Zukunft, so etwa nach einer Einigung auf einen Waffenstillstand, wieder in Betrieb genommen werden könnten – nach Japans Beispiel: Tokio hat Sanktionen gegen Russland verhängt, nimmt aber seine Erdgasimporte aus dem Land zur Sicherung seiner eigenen Versorgung strikt von den Maßnahmen aus.

Die erforderliche Umstellung der Bundesrepublik auf Flüssiggasimporte schreitet rasch voran; dabei bezieht Deutschland über Belgien mutmaßlich auch russisches Flüssiggas – jedoch zu einem höheren Preis als das Pipelinegas, das einst über Nord Stream 1 kam. Die Flüssiggas-Importterminals, die an den deutschen Küsten gebaut werden, verlängern die Zeit, zu der noch fossile Rohstoffe importiert werden.

### Kriegsverbrechen oder Terroranschlag

Der Anschlag auf die beiden Nord Stream-Pipelines, der heute vor einem Jahr verübt wurde, ist weiterhin nicht aufgeklärt. Bereits unmittelbar nach der Tat waren Experten überzeugt, die Sprengung müsse in staatlichem Auftrag verübt worden sein; allzu groß seien die Menge an Sprengstoff und der logistische Aufwand, um eine Explosion herbeizuführen, die noch in erheblicher Entfernung von geologischen Messstationen als Erdbeben registriert werde, wie es bei der Sprengung der Nord

Stream-Pipelines ja der Fall gewesen sei. Recherchen des investigativen US-Journalisten Seymour Hersh ergaben, der Anschlag sei von US-Stellen in Kooperation mit Soldaten der norwegischen Streitkräfte durchgeführt worden.<sup>[1]</sup> Politik und Medien in Deutschland favorisieren hingegen eine andere These, der zufolge polnische und ukrainische Privatpersonen schuldig seien.<sup>[2]</sup>

Das widerspricht freilich der Überzeugung, die Durchführung sei ohne Fähigkeiten und Kapazitäten, über die nur Staaten verfügen, nicht möglich gewesen. Juristen stufen die Tat, sollte sie von Russland oder der Ukraine begangen worden sein, als Kriegsverbrechen, habe ein Drittstaat sie durchgeführt, als terroristischen Anschlag ein. Schadensersatz werde es nicht geben, erklärt der Völkerrechtler Stefan Talmon: Vor Gericht könne sich jeder Täterstaat auf sogenannte Staatenimmunität berufen, die „auch für solche rechtswidrigen Anschläge gilt“.<sup>[3]</sup>

### Auch künftig ausgeschlossen

Steht immer noch nicht fest, wer die zwei Erdgasleitungen bzw. drei ihrer vier Stränge aus Russland nach Deutschland gesprengt hat, so liegen die Konsequenzen klar auf der Hand: Die Option, größere Mengen Pipeline-gases aus Russland zu beziehen, entfällt nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft – auch für den Fall, dass die mögliche Einigung auf einen Waffenstillstand zwischen Moskau und Kiew mit einer Reduzierung der Sanktionen gegen Russland verbunden sein sollte. Beobachter schließen dies nicht aus. Zwar gilt schon der Gedanke, die Bundesrepublik könne irgendwann wieder russisches Pipelinegas beziehen, unter Experten weithin als „unsinnig“ oder gar „absurd“.<sup>[4]</sup>

Dass dies freilich nicht unter allen Umständen so sein muss, zeigt das Beispiel Japan. Tokio beteiligt sich an den Russland-Sanktionen des Westens, nimmt aber die Einfuhr russischen Flüssiggases, von der das Land

abhängig ist, ausdrücklich davon aus. Die japanischen Konzerne Mitsui und Mitsubishi halten unverändert insgesamt 22,5 Prozent an dem russischen Erdgasförderprojekt Sachalin 2, das rund 9 Prozent der japanischen Flüssiggaseinfuhr deckt.<sup>[5]</sup> Tokio sucht außerdem die japanische Beteiligung am russischen Förderprojekt Arctic LNG 2 zu sichern, wenngleich das Vorhaben zur Zeit Ziel neuer US-Sanktionen ist.<sup>[6]</sup>

### Neue Importstrukturen

Das definitive Ende des Bezugs von Erdgas über die Nord Stream-Röhren hat eine rasante Umstellung der deutschen Importstrukturen erforderlich gemacht. Bezog die Bundesrepublik Anfang 2022 noch gut ein Drittel ihres Erdgases allein über Nord Stream 1, so weisen die gängigen Branchenstatistiken die Einfuhr aus Russland seit September 2022 mit Null aus.<sup>[7]</sup> Zum größten Lieferanten, der zuletzt fast die Hälfte aller deutschen Erdgasimporte stellte, ist an Russlands Stelle Norwegen aufgestiegen; es folgen die Niederlande und Belgien.

Der Anteil des Flüssiggases, das über die neuen Importterminals an der deutschen Küste direkt angeliefert wurde, belief sich im ersten Halbjahr 2023 auf lediglich 6,4 Prozent.<sup>[8]</sup> Letzteres stammte nach Angaben des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zum allergrößten Teil aus den USA.

Allerdings geben die Angaben die tatsächlichen Quellen des in Deutschland verbrauchten Erdgases nur unzulänglich wieder. So wird beispielsweise aus Belgien auch Flüssiggas eingeführt, das in Zeebrugge regasifiziert und anschließend weitertransportiert wird. Beim BDEW heißt es dazu, grenzüberschreitend gehandeltes Gas könne „nicht eindeutig Herkunftsländern zugeordnet werden“. Grund sei „die teilweise enge Vermischung des europäischen Pipelinenetzes“, in dem sich beständig „die Erdgasarten unterschiedlicher Herkunft vermischen“.<sup>[9]</sup>

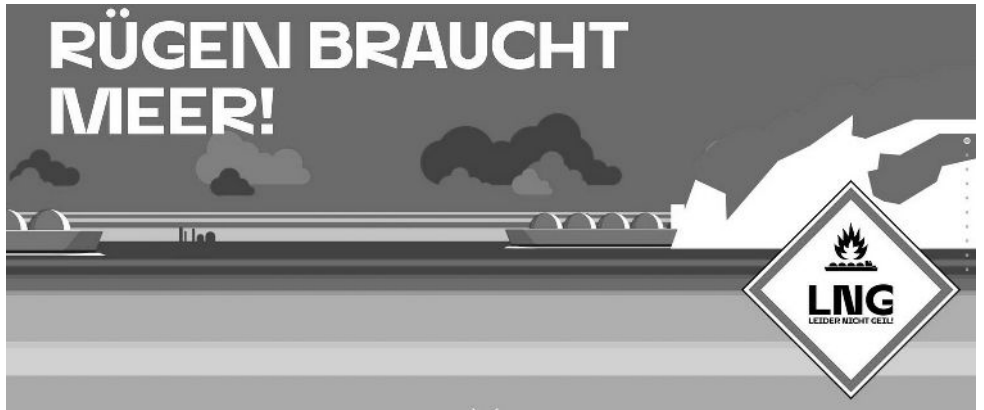
## Teurer als zuvor

Aufschlüsse über die Flüssiggaseinfuhren lassen allerdings Angaben etwa der Analysefirma Kpler zu. Unter Berufung auf diese berichtete kürzlich die Financial Times, größter Flüssiggaslieferant der EU seien in den ersten sieben Monaten des Jahres 2023 mit knapp 43 Prozent der Gesamteinfuhr die Vereinigten Staaten gewesen.

Die zweitgrößte Menge sei mit rund 16 Prozent aus Russland gekommen.<sup>[10]</sup> Laut Berechnungen der Organisation *global witness*, die sich ebenfalls auf Daten von Kpler stützen, hat die EU ihre Einfuhr russischen Flüssiggases im Zeitraum von Januar bis Juli 2023 um 40 Prozent gegenüber dem Vorkriegs-Vergleichszeitraum im Jahr 2021 erhöht; heute kauft sie mehr als die Hälfte aller russischen Flüssiggasexporte – gut 52 Prozent.<sup>[11]</sup>

Zweitgrößter Abnehmer russischen Flüssiggases weltweit ist demnach Spanien, das rund 18 Prozent aller russischen Exporte erwirbt – kaum weniger als Spitzenreiter China (20 Prozent); drittgrößter Abnehmer russischen Flüssiggases ist demnach Belgien (17 Prozent), einer der drei großen Lieferanten der Bundesrepublik.

Dabei gilt auch für russisches Flüssig-



Logo der Bürgerinitiative, Quelle: [www.ruegengegenlng.de](http://www.ruegengegenlng.de)

gas: Es ist wegen der aufwendigen Verarbeitung teurer als Pipelinegas. Die EU-Staaten, darunter Deutschland, bezahlen heute also viel mehr für Erdgas, das sie aus Russland importieren, als vor dem Ukraine-Krieg.

### Besonders umweltschädlich

Das Ende des Erdgasbezugs über die Nord Stream-Leitungen hat die Bundesregierung insbesondere veranlasst, den Bau von Flüssiggas-Importterminals an den deutschen Küsten noch energischer als zuvor voranzutreiben.

Schon im Regelbetrieb befinden sich Terminals in Wilhelmshaven, Brunsbüttel und Lubmin; geplant sind weitere in Stade und vor Rügen sowie

ein zweites in Wilhelmshaven.<sup>[12]</sup>

Gegen die Pläne, ein Terminal vor Rügen zu bauen, regt sich Protest: Umweltaktivisten befürchten gravierende Schäden für das regionale Ökosystem. Kritisiert wird zudem, dass vor allem US-Flüssiggas eingeführt wird; dieses gilt, da es überwiegend per Fracking gefördert wird, als besonders umweltschädlich.

Nicht zuletzt heißt es, die Tatsache, dass die Terminals bis 2043 genutzt werden dürften, verlängere die Zeit, in der noch fossile Energieträger genutzt werden.<sup>[13]</sup> Selbst Nord Stream 2, längst fertiggebaut, hätte sich viel früher amortisiert.

## Folgen der "Zeitenwende" für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft

von Christa Luft

Über Jahrzehnte haben Wirtschaft und Verbraucher von niedrigen Preisen des aus Russland importierten Erdgases profitiert. Es deckte 55 Prozent des Verbrauchs in Deutschland, ist bis Mitte 2023 auf 12 Prozent gesenkt worden und soll mittelfristig ganz von erneuerbaren Energien abgelöst werden.

Der Verzicht auf den Pipelinetransport russischen Gases und der überstürzte Bezug aus anderen Quellen, darunter des noch vor wenigen Jahren verfemten Flüssiggases vor allem aus den USA, führte zum raschen, kostspieligen und umweltbelastenden Aufbau einer entsprechenden Anlandungs-Infrastruktur und zu neuen Abhängigkeiten namentlich von den USA. [...]

70 Prozent der Führungsspitzen der deutschen Industrie fürchten aktuell eine Deindustrialisierung des Landes. Der IWF prognostiziert Deutschland als einzigem Mitglied der G-7 einen konjunkturellen Abstieg bis zur Jahreswende. Die Industrie ist aber das Fundament, auf dem sich der Wohlstand der Bundesrepublik gründet. Das verarbei-

tende Gewerbe macht fast ein Fünftel der Wertschöpfung in der deutschen Volkswirtschaft aus, so viel wie in kaum einem anderen Land Europas. Doch der industrielle Kern schmilzt.

Ein toxischer Mix aus Fachkräftemangel, Energiepreisschock und Bürokratielasten macht Industrieunternehmen zu schaffen wie nie zuvor. Jeder sechste Industriebetrieb will seine Produktion ins Ausland verlagern, hat der Bundesverband der Deutschen Industrie unlängst gemeldet. [...]

Eine fatale Folge der gigantischen Rüstungsausgaben und der kostspieligen Umsteuerung der Energieversorgung der Wirtschaft ist, dass Deutschland bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung im internationalen Vergleich stark zurückfällt und industrielle Führungspositionen verliert. Der Innovationsstandort Deutschland ist im Sinkflug. [...]

Die deutsche Ampel-Regierung betreibt aus einer affektgesteuerten, emotional aufgeladenen Reaktion heraus eine Art Selbsterstörung der deutschen Wirtschaft. Eine vorausschauende, eine durchdachte, Nutzen und Schaden abwägende Haltung ist das nicht.

Quelle: *Marxistische Blätter*, Nr.5/6, 2023

# Globale Energiepartnerschaften und deutscher Neokolonialismus

von Karl-Heinz Peil



Foto: tagesschau.de

Die deutsche Politik lebt in einer Welt außerhalb der globalen Realität. Besonders drastisch zeigt sich dies in der Energiepolitik.

## Nordstream-Sprengung: Vorgesichte und Konsequenzen

Mit der Sprengung der Nordstream-Pipelines endete nach mehr als 50 Jahren eine für Deutschland und Russland (bzw. ursprünglich der Sowjetunion) vorteilhafte Wirtschaftsbeziehung. Diese begann 1969 mit dem damals so benannten Erdgas-Röhren-Geschäft: Lieferung von deutscher Technologie an die Sowjetunion gegen Erdgaslieferungen.

Zustande kam dieses nur gegen heftigen Widerstand der USA, die bereits in früheren Jahrzehnten mit engen Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zur Sowjetunion eine Konkurrenzsituation gesehen hatten.

In den folgenden Jahrzehnten wurden diese Wirtschaftsbeziehungen weiter ausgebaut, wobei sich die jeweilige Bundesregierung immer wieder gegen den Widerstand der USA durchsetzen konnte.

In einem Beitrag des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft „50 Jahre Erdgas-Röhren-Vertrag“ hieß es:

*„Europa braucht bezahlbare und saubere Energie, Russland braucht Verkaufserlöse. Politisch mag man das als gegenseitige Abhängigkeit betrachten. Aber aus wirtschaftlicher Sicht ist das ganz einfach die Basis für eine verlässliche Partnerschaft. Denn jede gute Partnerschaft basiert auf gegenseitigen Interessen und Bindungen.“<sup>[1]</sup>*

Diese Ära endete mit der derzeitigen Bundesregierung.

## Deutsche Importe von Steinkohle aus Kolumbien

Um die günstigen Erdgaslieferungen aus Russland zu kompensieren, wurden die Steinkohleimporte aus Kolumbien im Jahr 2022 dras-

tisch erhöht. Dies geschah ausgerechnet in einer Zeit, in der in Kolumbien unter Präsident Petro eine intensive Diskussion über den Ausstieg aus der Förderung fossiler Brennstoffe begonnen hat.<sup>[2]</sup>

Dies muss auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass gerade von deutschen Klimaschutzaktivisten nicht nur die Steinkohleimporte aus Kolumbien als Hauptlieferant kritisiert werden, sondern auch die katastrophalen Arbeitsbedingungen, unter denen diese stattfinden.

## Energie-Notstand in Pakistan und Deutschlands Rolle

Im vergangenen Sommer kauften die EU-Staaten massiv teures Flüssiggas auf dem Weltmarkt auf, was in den Ländern des Südens zu gravierenden Versorgungsengpässen führte. Besonders betroffen war Pakistan, das bis dahin Flüssiggas vor allem aus Katar bezog und für ein Viertel seiner Kraftwerkskapazitäten darauf angewiesen war.<sup>[3]</sup>

Aktuell hat sich die Versorgungslage für Pakistan dadurch entspannt, dass es seit September Flüssiggas aus Russland bezieht, das über den Iran transportiert wird. Zuvor hatten Russland und Pakistan vereinbart, ein früher geplantes zentralasiatisches Pipelineprojekt für Erdgas zu reaktivieren, um die Versorgung Pakistans zu sichern.

## Deutsche Energiewendungen

Deutschland war in den Nuller-Jahren weltweiter Vorreiter bei der Einführung erneuerbarer Energien. Diese sehr positive Entwicklung wurde

durch die erfolgreiche Lobbyarbeit der großen Energiekonzerne abgewürgt, nachdem der unerwartete Erfolg der dezentralen und konzernunabhängigen Stromerzeugung ihr Monopol bedrohte.

Daraus entwickelte sich zunächst das Desertec-Konzept. Es sah vor, in Nordafrika große solarthermische Kraftwerke zur Stromerzeugung zu bauen und über Stromtrassen nach Europa zu leiten. Als Standort wurde Marokko favorisiert. Das bis heute autoritär regierte Königreich galt schon damals als politisch stabil, eine Grundvoraussetzung für eine solche Partnerschaft.

Das über mehrere Jahre verfolgte Desertec-Projekt ist aus mehreren Gründen gescheitert. Zum einen war es die inzwischen eingetretene Verbilligung von Strom aus erneuerbaren Energien aus heimischer Produktion, zum anderen die unterschiedlichen Interessen des dahinter stehenden Industriekonsortiums.

Da aber parallel der Ausbau der erneuerbaren Energien in den 10er Jahren im Sinne der Energiekonzerne erfolgreich ausgebremst wurde, musste eine neue Technologie entwickelt werden.

Daraus entstand schließlich die deutsche und europäische Wasserstoffstrategie, die auf Konzepten zur überwiegenden Bedarfsdeckung mit „grünem“ Wasserstoff durch Importe vor allem aus Afrika basiert.

## Deutsche Wasserstoffstrategie – auch eine Frage der Ethik

Dagmar Pruin, Präsidentin von Brot für die Welt, verwies bereits vor zwei Jahren darauf hin, dass mit dem Wasserstoff-Hype „unser Wohlstand“ mit neokolonialer Industriepolitik gegenüber den Ländern des globalen Südens verteidigt werde, weshalb die Energiewende in Deutschland aus eigener Kraft geschafft werden müsse, wozu auch eine deutliche Reduzierung des Energieverbrauchs gehöre.<sup>[4]</sup>



## Koloniale Traditionspflege in Namibia

Als Standort für die angestrebte Wasserstoffproduktion wird neuerdings Namibia favorisiert. Mit Solar- und Windenergie erzeugt, könnte er Erdgas, Erdöl oder Kohle ersetzen. Durch die (energieaufwändige) Umwandlung in Ammoniak könnte er leicht per Schiff nach Deutschland transportiert werden.<sup>[5]</sup>

Dazu schrieb Parick Schneider von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Namibia:

*„Wenn sich Europa nur auf die eigenen wirtschaftlichen und ökologischen Interessen fokussiert, ist fraglich, ob grüner Wasserstoff tatsächlich auch zum Motor der sozial-ökologischen Transformation in Namibia wird.“*

*Falls der Profit aus dem Wasserstoffsektor an Joint Ventures ins Ausland abfließt und nur diejenigen Namibier profitieren, die im Wasserstoffsektor unternehmerisch aktiv sind und meist wohlhabenderen Schichten angehören, besteht das Risiko, dass grüner Wasserstoff eher zur Steigerung des ohnehin stark ungleich verteilten Reichtums anstatt zum Abbau der sozialen Ungleichheit beiträgt.“<sup>[6]</sup>*

Die Realisierung von Großprojekten zur aufwändigen Umwandlung des erzeugten Stroms in Wasserstoff oder andere Umwandlungsprodukte erfordert zudem einen immensen Wasserverbrauch in Regionen, in denen die Wasserversorgung meist ohnehin prekär ist.

## Zum Vergleich: Chinesische Energie-Partnerschaften

Ganz anders stellt sich eine chinesische Initiative dar, die 2015 als "Global Energy Interconnection" (GEI) von Staatspräsident Xi Jinping initiiert wurde. Mittlerweile hat diese Initiative feste organisatorische Strukturen als "Global Energy Interconnection Development and Cooperation Organization" (GEIDCO),<sup>[7]</sup> die seit 2018 fest eingebunden ist im "High-Level Political Forum" der UNO.

Der Fokus liegt hier auf die Integration von Energie-, Transport- und Informationsnetzen, also dem Aufbau einer technologisch hochwertigen Infrastruktur in den Partnerländern.

Dies ist sicherlich als Teil der "Belt and Road Initiative" bzw. der "Neuen Seiden-

straße" zu sehen. Kern dieser Initiative sind schließlich multimodale, globale Transportverbindungen, bei denen der elektrifizierte und mit erneuerbaren Energien betriebene Schienenverkehr eine zunehmende Rolle spielt. Dieser wiederum ist nur im engen Zusammenspiel mit einer dezentralen Stromversorgung und einer digitalen Steuerung der Einspeisung und Entnahme des elektrischen Stroms möglich.

Generell ist in den letzten Jahren ein verstärktes Interesse afrikanischer Staaten an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit China zu beobachten, das durch diese Initiative noch beschleunigt werden dürfte. Die mangelnde Elektrifizierung ist insbesondere in Afrika nach wie vor eines der größten Entwicklungsprobleme.

## Globale Forderung: Technologietransfer statt Monopole

Bei dem jüngsten Gipfeltreffen von G77 und China in Havanna wurde eine umfangreiche Abschlusserklärung unter dem Titel „Aktuelle Entwicklungsherausforderungen: Die Rolle von Wissenschaft, Technologie und Innovation“ verabschiedet. Darin heißt es u.a.:

*„Wir lehnen technologische Monopole und andere unfaire Praktiken ab, die die technologische Entwicklung von Entwicklungsländern behindern.“<sup>[8]</sup>*

Dies ist auch eine offene Herausforderung an die deutsche Industriestrategie. Dies gilt insbesondere für die aktuelle Fortschreibung der deutschen Wasserstoffstrategie, wie sie im Juli 2023 von Wirtschaftsminister Habeck vorgestellt wurde. Darin spielt die Infrastruktur für Importe aus Drittstaaten eine zentrale Rolle.

Dass dies wenig mit den Interessen der dafür vorgesehenen Produzentländer zu tun hat, verbirgt sich hinter (üblichen) Floskeln wie:

*„Möglichst einheitliche Nachhaltigkeitsstandards und Zertifizierungssysteme tragen dazu bei, Produktqualitäten vergleichbar und überprüfbar zu machen ...“<sup>[9]</sup>*

Die nach wie vor vorhandene Fiktion dieser Strategie liest sich an anderer Stelle wie folgt:

*„... ist es erforderlich, Forschung und Industrie in Deutschland langfristig und nachhaltig zu unterstützen und den Transfer aus der Forschung in Produktionskapazitäten zu beschleunigen, so dass deutsche Technologieentwickler Leitanbieter bleiben und Wasserstofftechnologien ‚Made in Germany‘ weiterhin international nachgefragt werden.“<sup>[9]</sup>*

Die so konzipierte deutsche Wasserstoffstrategie ist zum Scheitern verurteilt, weil die ihr zugrunde liegenden „Energiepartnerschaften“ über einige (vielleicht sogar relativ erfolgreiche) Pilotprojekte nicht hinauskommen werden.

Zu sehr haben sich die globalen Kräfteverhältnisse verschoben. Zu leicht sind die Ambitionen der deutschen Politik für die Länder des Südens durchschaubar und alternative Partnerschaftsmodelle verfügbar.

Deutschland hingegen, einst Vorreiter bei den erneuerbaren Energien, droht beim globalen Ausstieg aus den fossilen Energieträgern nicht nur immer weiter ins Hintertreffen zu geraten, sondern auch wirtschaftlich den Anschluss zu verlieren.

## Reale Alternativen – politisch aber utopisch

Die einzige Chance für Deutschland bestünde darin, die Abhängigkeit von der US-Geopolitik zu beenden und die noch vorhandene Pipeline Nordstream 2 zu aktivieren. Dieses wird aber trotz der jüngst auch vom russischen Präsidenten Putin bekundeten Bereitschaft mit der derzeitigen Bundesregierung nicht passieren. Stattdessen werden gegen heftigen Widerstand vor der Küste Rügens schwimmende LNG-Terminals gebaut, die schon für sich genommen ein ökologisches Desaster darstellen und zur Anlandung von teurem und umweltschädlichem Fracking-Gas aus den USA dienen sollen. Außerhalb Deutschlands versteht diese Politik wohl kein Mensch.

Nur damit wäre aber ein geordneter ökologischen Umbau der Energieversorgung für Deutschland zu gewährleisten.

## Was geschah an dem Terror-Wochenende in Israel und Gaza?

von Karin Leukefeld

Der vorliegende Hintergrundbericht von Karin Leukefeld wurde am 9.10.2023 auf den Internetplattformen Globalbridge und Nachdenkseiten unter dem Titel „Steht dem Nahen Osten ein neuer Krieg bevor?“ veröffentlicht und für das Friedensjournal redaktionell angepasst und aktualisiert.

Es sei „der schlimmste Angriff auf Israel seit dem Krieg 1973“, sagte US-Außenminister Anthony Blinken im US-Nachrichtensender CNN. Blinken reagierte damit auf eine Militäroperation der palästinensischen Qassam-Brigaden gegen Israel am 7. Oktober. Washington werde „Israel mit allem unterstützen, was es braucht, um mit der Lage umzugehen“. Als einen Grund hinter dem Angriff sah Blinken den Versuch, die US-Bemühungen zu unterbrechen, die Beziehungen Israels mit den arabischen Staaten zu normalisieren.

Insbesondere nannte Blinken die Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien, auf deren „Normalisierung“ sich die US-Außenpolitik seit Monaten konzentriert. US-Verteidigungsminister Lloyd Austin ordnete die Entsendung des Flugzeugträgers Gerald Ford ins östliche Mittelmeer an. Die US-Administration werde die israelische Armee mit zusätzlicher Ausrüstung, Nachschub und Munition versorgen, hieß es.

### Die Vorgeschichte

Der Oktober-Krieg 1973, den der US-Außenminister erwähnte, war der fünfte Krieg, mit dem die arabischen Staaten versuchten, die Landnahme arabischen Bodens durch den 1948 gegründeten Staat Israel zu stoppen. Der israelischen Staatsgründung war die Vertreibung

der arabischen Bevölkerung aus Palästina 1948 vorausgegangen, an die in der arabischen Welt als „Nakba“, als Katastrophe, erinnert wird. 75 Jahre später, 2023, wurde daran erstmals mit einem internationalen Gedenktag erinnert, den die Vereinten Nationen ausgerufen haben.

Der Oktober-Krieg folgte dem Sechs-Tage-Krieg 1967, mit dem Israel die syrischen Golan-Höhen, das Westjordanland und Jerusalem besetzte und später annektierte. Es folgte ein Abnutzungskrieg (1969/70), den der ägyptische Präsident Anwar Sadat versuchte, mit einer arabisch-israelischen Einigung entsprechend der UN-Resolution 242 zu beenden. Israel sollte die 1967 besetzten Gebiete zurückgeben und sich zurückziehen. Im Gegenzug würden die arabischen Staaten das Recht Israels anerkennen, „in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen zu leben“.

Israel lehnte den Rückzug aus den besetzten Gebieten und damit den ägyptischen Vorschlag ab. Die militärischen Auseinandersetzungen hielten an und mündeten in dem Überraschungskrieg, den Ägypten und Syrien am israelischen Feiertag Yom Kippur (Versöhnungsfest) im Oktober 1973 begannen. Der Befreiungskrieg endete für die arabischen Länder mit einer Niederlage. Syrien konnte lediglich einen kleinen Teil der besetzten Golanhöhen zurückerobern.

### 50 Jahre ohne Frieden

Seitdem hat es trotz zahlreicher Verhandlungen, Konferenzen und Abkommen nie Frieden zwischen Israel und den Palästinensern gegeben, die ihr Heimatland Palästina nicht aufgeben. Generationen palästinensischer Flüchtlinge sind weiter mit Vertreibung, Enteignung, Hauszerstörungen

und Landnahme durch die israelische Besatzungsmacht konfrontiert.

5,9 Millionen registrierte palästinensische Flüchtlinge und ihre Nachfahren leben heute im Nahen und Mittleren Osten. Selbst in ihrer Heimat Palästina, im besetzten Westjordanland und im Gazastreifen leben die Menschen dichtgedrängt in Lagern von Almosen, die UN-Organisationen und andere Hilfsorganisationen verteilen. Weil Israel den Palästinensern bis heute ihr Recht auf einen souveränen Staat verweigert, sind sie bis heute staatenlos und ohne Rechte.

### „Genug ist genug“

Vor diesem Hintergrund kündigte der Oberkommandierende der palästinensischen Qassam-Brigaden, Mohammed Deif, unmittelbar zuvor die militärische Operation „Al-Aksa-Flut“ gegen Israel an. „Genug ist genug“, sagte Deif, die militärische Operation sei eine Antwort auf die anhaltende Entwürdigung der Al-Aksa-Moschee durch die (israelischen) Besatzungstruppen, auf die Entwürdigung der muslimischen Gläubigen dort und vor allem der Frauen.

Mehr als 200 Palästinenser seien allein in diesem Jahr von den Besatzungstruppen getötet worden, Israel habe sich geweigert, einem Gefangenenaustausch zuzustimmen. Ausdrücklich hieß es, dass die „Normalisierung“ mit Israel keine Option sei.

Es sei der Tag des palästinensischen Widerstandes, sagte Deif in seiner morgendlichen Botschaft. „Heute ist Euer Tag, um dem Feind klarzumachen, dass seine Zeit vorüber ist.“ Die Palästinenser im von Israel besetzten Westjordanland rief er auf, „Operationen gegen die Siedlungen“ zu organisieren, um die Besatzung zu verjagen.

Es gehe um den Kampf gegen die israelische Besatzung auch in Jerusalem, dem sollten sich auch die 1948 vertriebenen Palästinenser in den Nachbarländern anschließen. Alle „Fronten und Fahnen“ des Widerstandes im Libanon, in Syrien, Irak und



Iran sollten sich vereinen. Die Menschen in Algerien, Marokko, in Jordanien und Ägypten sowie im Rest der arabischen Welt sollten die Operation „Al-Aksa-Flut“ unterstützen.

Die Qassam-Brigaden sind der militärische Arm der Hamas, die im Januar 2006 deutlich die palästinensischen Parlamentswahlen gewonnen hatte. Die Stimmabgabe war von internationalen Wahlbeobachtern – darunter auch der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter – begleitet worden. Mit den Wahlen sollte ein neues Kapitel aufgeschlagen werden, was nicht gelang. Israel und die USA lehnten eine Zusammenarbeit mit der Hamas ab, die in früheren Jahren für zahlreiche Selbstmordattentate in Israel verantwortlich gezeichnet hatte.

Hamas wurde von den USA und der EU als Terrororganisation isoliert, Zusammenarbeit mit einer „Terrorregierung“ wurde ausgeschlossen. Es folgten Sanktionen gegen die Hamas und den Gazastreifen, der bereits vor den Wahlen 2005/2006 von Israel abgeriegelt worden war. Seit 2007 gibt es eine komplette Belagerung des Gazastreifens durch Israel zu Wasser, zu Land und aus der Luft.

### Gegen Siedlungen, Siedler und israelische Besatzungsarmee

Seit den frühen Morgenstunden des 7. Oktober waren tausende Raketen aus dem Gazastreifen auf die israelischen Städte Aschkalon, Aschdod und Tel Aviv abgefeuert worden, die nördlich des Gazastreifens liegen. Unter dem Feuer-schild waren Hunderte palästinensische Kämpfer mit Fahrzeugen, Motorrädern, zu Fuß, mit Gleitschirmen und mit Schnellbooten in die von Israel besetzten Gebiete eingedrungen.

Die Kämpfer zerstörten den Trennzaun, drangen in israelische Siedlungen entlang des Gazastreifens ein, lieferten sich Feuergefechte mit israelischen Soldaten und bewaffneten Siedlergruppen, von denen viele von dem Angriff offenbar im Schlaf überrascht wurden.

Videoaufnahmen zeigten Siedler, die über Felder flohen, andere Videos zeigten Fahrzeuge, deren Insassen – vermutlich fliehende Siedler – tot auf den Sitzen oder hinter den Lenkrädern lagen.

Die Kämpfer brachten mehr als 100 israelische Militärs und Siedler als Ge-fangene in den Gazastreifen zurück, während ihre Mitkämpfer die einge-nommenen Siedlungen sicherten.

### Überrascht

Der Angriff war für Israel eine Über-raschung. Die Menschen feierten das Ende des Sukkot, des Laubhüttenfes-tes, und weder das Militär noch der Geheimdienst noch die Regierung oder die Bevölkerung hatten offenbar mit einer solchen Entwicklung gerechnet. Man habe sich an die Lage im Gazastreifen gewöhnt, sagte ein Sied-ler einem israelischen Sender.

Als man die Armee und Polizei von dem Vormarsch der palästinensischen Kämpfer informierte, habe man lange keine Antwort erhalten. Ein israeli-scher Journalist, der von den Angrif-fen berichtete, äußerte die Vermu-tung, man habe die Lage in Regie-rungs- und Armeekreisen zunächst gar nicht ernst genommen.

Während die Bewohner in den isra-elischen Städten die Schäden durch den Raketenbeschuss aus dem Gaza-streifen begutachteten, die Feuerwehr Brände löschte und die Menschen die Bunker aufsuchten, transportierte die Armee Kampfjets von einer Luftwaf-fenbasis ab, der die palästinensischen Kämpfer sich näherten.

In einer ersten Stellungnahme von Ministerpräsident Benjamin Netan-yahu musste dieser einräumen, dass die Luftabwehr Iron Dome – ein Ex-portschlager der israelischen Rüs-tungsindustrie – von den Massen an Raketen aus dem Gaza-Streifen deut-lich überfordert war.

In einer Erklärung vor Journalisten erklärte Ministerprä-sident Netanyahu, die Hamas habe einen „*grausamen und böartigen Krieg be-gonnen. Wir werden diesen Krieg gewin-nen, aber der Preis wird hoch sein.*“ Was an diesem Tag ge-schehen sei, werde nicht wieder vor-kommen in Israel, so

Netanyahu weiter. *„Ich werde dafür sorgen, dass es nicht wieder geschieht.“* Die gesamte Regierung stehe hinter der Entscheidung, dass die israelische Armee umgehend alle Macht einset-zen werde, um die Möglichkeiten der Hamas zu zerschlagen. *„Wir werden sie totschiagen“,* so Netanyahu. *„Wir werden Rache für diesen schwarzen Tag nehmen.“*

Zu dem Zeitpunkt hatte die israeli-sche Luftwaffe bereits ihre Angriffe auf den Gazastreifen gestartet. Das palästinensische Gesundheitsministe-rium in Gaza-Stadt meldete bereits am 8. Oktober mehr als 400 Tote und 2.300 Verletzte, die in den Kranken-häusern eingeliefert worden seien.

Die israelische Luftwaffe zerstörte Hochhäuser im Zentrum von Gaza-Stadt. In Rafah, einem Ort im Süden des Gazastreifens nahe der Grenze zu Ägypten, wurden bei einem Angriff auf das dicht bevölkerte Flüchtlingsla-ger Shaboura 19 Mitglieder einer Fa-milie getötet, darunter auch Kleinkin-der.

Israel sperrte sämtliche Grenzüber-gänge zu den besetzten palästinensi-schen Gebieten im Westjordanland. Straßen zu palästinensischen Orts-chaften wurden vom Militär blockiert. Zwischen der jordanischen Grenze über das gesamte besetzte Westjor-danland bis Jerusalem wurde die höchste Alarmstufe verhängt. Die Grenzübergänge zum Gazastreifen wurden gesperrt, Israel stoppte die Stromversorgung der Gebiete sowie die Einfuhr von Öl und Waren.

In Jerusalem wurde der Zugang zur Al-Aksa-Moschee von den Besatzungs-behörden gesperrt, Gläubige wurden am Zugang gehindert. Die Regierung



verhängte den Kriegszustand, die Armee mobilisierte die Reservisten.

## UN-Sicherheitsrat hinter verschlossenen Türen

Am 8. Oktober tagte in New York der UN-Sicherheitsrat hinter verschlossenen Türen. Israel machte deutlich, dass die Hamas die Verantwortung trage und die Konsequenzen tragen müsse. Israel müsse seine Bürger und sein Land vor den „Terrorangriffen aus dem Gazastreifen“ schützen.

Russland und China forderten Verhandlungen zwischen beiden Seiten. Das russische Außenministerium erklärte, nur die Gründung eines Staates Palästina könne die seit 75 Jahren anhaltenden Spannungen beenden. Das chinesische Außenministerium zeigte sich „tief besorgt“ über die Spannungen und Gewalt zwischen Israel und den Palästinensern. „Der fundamentale Weg aus dem Konflikt ist die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung und die Gründung eines unabhängigen Staates Palästina“, hieß es in einer Erklärung.

US-Präsident Joe Biden erklärte wie auch die EU-Kommissionsführung eine „unerschütterliche Solidarität“ mit Israel. Die deutsche Außenministerin Baerbock betonte das „Selbstverteidigungsrecht“ Israels.

## Wird es einen neuen Krieg geben?

Außer massiven militärischen Reaktionen und anhaltender Repression hat Israel den Palästinensern nichts anzubieten. Das Gleiche gilt für die Europäische Union, die zwar Hilfgelder für Projekte

der zivilen Infrastruktur im Gazastreifen und in den besetzten palästinensischen Gebieten zahlt, die allerdings immer wieder von Israel zerbombt werden.

Man wird abwarten müssen, ob die Hisbollah im Libanon oder Kräfte in Syrien oder Jordanien sich der Operation anschließen werden. Sollten die arabischen Staaten die Palästinenser zukünftig mit mehr als mit schönen Worten – beispielsweise durch wirtschaftlichen Boykott Israels – unterstützen, könnte Israel massiv in die Enge getrieben werden. Die Regierung Netanyahu ist innerlich zerstritten und in einer schwachen Position, auch weil die USA sehr kritisch gegenüber der neuen, rechtsradikalen Regierung ist.

Ein neuer Krieg in der Region wird unvorhersehbare Folgen haben. Er wird nicht auf Israel und die besetzten palästinensischen Gebiete beschränkt bleiben, sondern Libanon, Syrien, Jordanien und weitere Teile der Region einbeziehen.

Die schrecklichen Folgen für Leben und Gesundheit der Zivilbevölkerung, die in den besetzten palästinensischen Gebieten und den arabischen Nachbarstaaten schon lange am Limit lebt, sind bereits bei der ersten Bombardierung des Gaza-Streifens zu sehen. Ob mit oder ohne Krieg deuten sich massive Machtverschiebungen in

der Region an, die Israel – und seine Verbündeten im Westen – schwächen und die Kräfte der Region stärken werden.

„Für uns war es wie der Ausbruch aus einem Gefängnis“, sagte eine in Gaza lebende Palästinenserin, die eine Angehörige telefonisch vom Tod eines Cousins informierte, der sich den Kämpfen angeschlossen hatte. Trotz Angst vor der israelischen Rache und den Bombardierungen und trotz Sorge um die eigene Familie haben die Menschen ihre Hoffnung auf die



Befreiung aus ihrer unerträglichen Lebenssituation nicht aufgegeben. Die israelische Politik von Einschüchterung, Belagerung, Entrechtung und Entwürdigung der Palästinenser, die Verwüstung und Bombardierung werden auch Israel keinen Frieden bringen. Die völkerrechtswidrige Besetzung der palästinensischen Gebiete muss beendet und ein souveräner Staat Palästina anerkannt werden. Dazu gibt es keine Alternative.

Alle Bilder zu den Zerstörungen durch israelische Bombenangriffe im Gaza-Streifen: Screenshot von BBC-Video.



Foto links: Palästinensische Demonstration in London (High Street Kensington) am 9.10.2023. Das Foto ist entnommen von der englischsprachigen Wikipedia-Seite „Protests on the 2023 Israel-Hamas war“, die laufend aktualisiert wird. Textauszug vom 17.10.2023 (übersetzt): Viele Protestierende demonstrierten zur Unterstützung Palästinas und gegen Israels Angriffe auf Gaza in Ländern wie Afghanistan, Australien, Bangladesch, Brasilien, Kanada, Ägypten, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Island, Indien, Indonesien, Iran, Irak, Irland, Italien, Japan, Jordanien, Libanon, Malaysia, Mexiko, Niederlande, Norwegen, Pakistan, Philippinen, Südafrika, Serbien, Spanien, Sri Lanka, Schweiz, Syrien, Tunesien, Türkei, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten, Venezuela und Jemen.

## Die Wurzel der Gewalt ist Unterdrückung

von „Jewish Voice for Peace“

In diesem Moment haben Palästinenser, Israelis und alle, die Familie vor Ort haben, Angst um ihre Angehörigen. Wir trauern um die Menschen, die bereits ihr Leben verloren haben, und setzen uns weiterhin für eine Zukunft ein, in der jedes Leben wertvoll ist und alle Menschen in Freiheit und Sicherheit leben.

Nach 16 Jahren israelischer Militärblockade starteten palästinensische Kämpfer aus dem Gazastreifen einen beispiellosen Angriff, bei dem Hunderte von Israelis getötet und verwundet und Zivilisten entführt wurden. Die israelische Regierung erklärte den Krieg, startete Luftangriffe, bei denen Hunderte von Palästinensern getötet und Tausende verwundet wurden, bombardierte Wohnhäuser und drohte mit Kriegsverbrechen gegen die belagerten Palästinenser in Gaza.

Die israelische Regierung mag gerade erst den Krieg erklärt haben, aber ihr Krieg gegen die Palästinenser begann vor über 75 Jahren. Die israelische Apartheid und Besatzung – und die Komplizenschaft der Vereinigten Staaten bei dieser Unterdrückung – sind die Quelle all dieser Gewalt. Die Realität wird davon geprägt, wann man die Uhr anstellt.

Im vergangenen Jahr hat die rassistischste, fundamentalistischste und rechtsextremste Regierung in der Geschichte Israels ihre militärische Besatzung der Palästinenser im Namen der jüdischen Vorherrschaft mit gewaltsamen Vertreibungen und Hauszerstörungen, Massentötungen, militärischen Razzien in Flüchtlingslagern, unerbittlicher Belagerung und täglicher Demütigung rücksichtslos eskaliert. In den letzten Wochen haben israelische Streitkräfte wiederholt die heiligsten muslimischen Stätten in Jerusalem gestürmt.

Seit 16 Jahren erstickt die israelische Regierung die Palästinenser im Gazastreifen unter einer drakonischen Luft-, See- und Land-Militärblockade, hält zwei

Millionen Menschen gefangen, lässt sie hungern und verweigert ihnen medizinische Hilfe. Die israelische Regierung richtet routinemäßig Massaker an den Palästinensern in Gaza an. Zehnjährige, die in Gaza leben, sind in ihrem kurzen Leben bereits durch sieben große Bombenangriffe traumatisiert worden.

Seit 75 Jahren hält die israelische Regierung eine militärische Besatzung über die Palästinenser aufrecht und betreibt ein Apartheidregime. Palästinensische Kinder werden bei Razzien im Morgengrauen von israelischen Soldaten aus ihren Betten gezerrt und ohne Anklage in israelischen Militärgefängnissen festgehalten. Die Häuser von Palästinensern werden von israelischen Siedlermassen in Brand gesteckt oder von der israelischen Armee zerstört. Ganze palästinensische Dörfer sind gezwungen, zu fliehen und ihre Häuser, Obstgärten und Ländereien zu verlassen, die seit Generationen im Familienbesitz sind.

Das Blutvergießen von heute und in den vergangenen 75 Jahren geht direkt auf die Komplizenschaft der USA mit der Unterdrückung und dem Schrecken zurück, die durch Israels militärische Besatzung verursacht werden.

Die US-Regierung ermöglicht immer wieder israelische Gewalt und trägt die Schuld für diesen Moment. Die unkontrollierte Finanzierung des Militärs, die diplomatische Deckung und die Milliarden von Dollar an privaten Geldern, die aus den USA fließen, ermöglichen und stärken Israels Apartheid-Re-

gime. Diejenigen, die weiterhin eine „eiserne“ Unterstützung der USA für das israelische Militär fordern, ebnen nur den Weg zu mehr Gewalt.

Von Seiten der USA gibt es kein Abseits. Wir werden die Komplizenschaft aufheben, wo immer wir sind: Wir fordern, dass die US-Regierung unverzüglich Schritte unternimmt, um die militärische Finanzierung Israels einzustellen und die israelische Regierung für ihre schweren Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen gegen die Palästinenser zur Rechenschaft zu ziehen. Wir verpflichten uns, unsere Kampagnen für Boykott, Desinvestition und Sanktionen zu verstärken, um die Milliarden zu stoppen, die von Unternehmen und privaten Stiftungen in die israelische Kriegsmaschinerie fließen.

Es ist unvermeidlich, dass unterdrückte Menschen überall ihre Freiheit suchen – und erlangen. Wir alle haben Befreiung, Sicherheit und Gleichheit verdient. Der einzige Weg dorthin besteht darin, die Ursachen der Gewalt zu beseitigen, angefangen bei der Mitschuld unserer eigenen Regierung.

(Übersetzung aus dem Englischen:  
Jürgen Jung)



14.10.2023 Berlin Jüdin & Israelin festgenommen: Iris Hefets "Jüdische Stimme für gerechten Frieden" Iris Hefets ist im Vorstand des Vereins "Jüdische Stimme für gerechten Frieden" Sie zeigte auf dem Hermannplatz ein Schild mit dem Slogan: "Als Jüdin & Israelin Stop den Genozid in Gaza". Hefets wurde daher vorübergehend festgenommen und nach ca. einer Stunde wieder aus dem Gewahrsam der Polizei entlassen. Quelle: YouTube

## Die Gewalt der Unterdrückten

aus der britischen Tageszeitung Morning Star



A relative carries the body of Amir Ganan, who was killed by an Israeli air strike, during his funeral in Khan Younis, Gaza Strip, October 10, 2023

### The violence of the oppressed

Originally published: Morning Star Online on October 10, 2023 by Morning Star Online Editors (more by Morning Star Online) | f (Posted Oct 12, 2023)

NIEMAND sollte das Gemetzel in Israel bejubeln. Diese israelischen Familien in ihren Häusern, die jungen Leute auf dem Musikfestival verdienen es, am Leben zu sein. Der kleine israelische Junge, der als Geisel genommen und gefilmt wurde, wie er gefoltert wird, verdient es, zu Hause und in Sicherheit zu sein.

Und wenn Juden wahllos massakriert werden, ist es unvermeidlich, dass Juden überall, und nicht nur sie, dies als Pogrom erleben. Jeder Reaktion, die die Angst der jüdischen Bevölkerung nicht versteht, mangelt es an moralischer Vorstellungskraft.

Aber auf Jubel zu verzichten heißt nicht, zu verurteilen. Als die Mau-Mau<sup>[1]</sup> Bauernfamilien in ihren Betten töteten, jubelten die Sozialisten nicht. Stattdessen sahen sie die gebrochene Gewalt des britischen Kolonialismus und faschistischer Siedler, die dem kenianischen Volk Land und Freiheit verweigerten.

Auch als die FLN<sup>[2]</sup> Cafés und Konzertsäle in Algier bombardierte, feierte niemand. Doch diese Explosionen waren das Echo von 150 Jahren französischer imperialistischer Brutalität.

Mao Zedong schrieb bekanntlich: „Eine Revolution ist keine Dinnerparty oder das Schreiben eines Aufsatzes oder das Malen eines Bildes ... sie kann nicht so kultiviert, so gemäßigt, freundlich, höflich, zurückhaltend und großmütig sein.“ Sie ist auch kein Twitter-Thread.

Die „zivilisierte“ Welt bevorzugt ihre Illu-

sionen und wendet sich vor allem lieber von der Gewalt der Unterdrückten ab. So ist es in Palästina.

Die Regierungen des Weltimperialismus verurteilen die Unmenschlichkeit von Menschen, deren Menschsein sie seit Generationen verleugnen, eines Volks, das sie durch Gewalt, durch Enteignung und letztlich durch Ignorieren seiner Existenz aus der Geschichte zu tilgen versuchen.

Die „Zivilisierten“ verurteilen die Ermordung Unschuldiger, als ob es möglich wäre, dass die Gewalt der Enteigneten nur die Schuldigen erreicht, die in ihren bewachten Anlagen sicher sind, und als ob ihre eigenen Hände unbefleckt wären.

Die Zivilisierten legitimieren nur ihre eigenen bevorzugten Methoden – ethnische Säuberungen durch düstere Rechtsprechung, fiktiv „gezielte“ Massaker unter Einsatz der modernsten verfügbaren Technologie, die rechtmäßige Inhaftierung von Kindern, Hungersanktionen.

So gilt der Angriff auf eine Polizeistation in Israel als Terrorismus, während der Bombenanschlag auf ein Krankenhaus in Gaza Selbstverteidigung ist. Und ein britischer Außenminister befürwortet das Kriegsverbrechen der kollektiven Bestrafung durch Verhungern.

Wie viel süßer wäre es doch, wenn die Unterdrückten immer unter den Fahnen des Idealismus marschierten und sich im Rahmen westlich gebilligter Ideologien bewegten.

Doch der eschatologische Islamismus innerhalb der Hamas lässt sich nicht reduzieren auf atavistische „historische islamistische Blutgier, die von Geburt an über Generationen hinweg weitergegeben wird“, wie der Redaktionsleiter von Jewish News diese Woche schockierend sagte.

Der in der Hamas-Charta verankerte Antisemitismus ist eine ignorante, importierte und unentschuld bare Reaktion auf eine Moderne, die den Palästinensern nicht geholfen hat.

Auch der asymmetrische Krieg ist nicht attraktiv anzusehen. Er ist blutig, intim und oft unbeschreiblich grausam. Aber er ist nicht die Alternative zum symmetrischen Krieg, der nicht verfügbar ist, selbst wenn es wünschenswert wäre.

Er ist die Alternative zum Schweigen. Diejenigen, die heute die Angriffe der Hamas anprangern, prangerten auch die unbewaffneten Demonstrationen am Gaza-Grenzzaun im Jahr 2018 an. 223 Palästinenser starben damals ohne Waffe in der Hand.

Sie kriminalisieren die friedliche Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionskampagne, die Israel unter Druck setzen soll, die Besetzung des Westjordanlandes und des Gazastreifens zu beenden. Sie verweigern der Palästinensischen Autonomiebehörde das Recht, beim Internationalen Gerichtshof Rechtsmittel einzulegen.

Sie fordern stattdessen, dass das palästinensische Volk seine eigene historische Marginalisierung akzeptiert.

Alles, was die „Zivilisierten“ dem palästinensischen Volk zugestehen, ist Schweigen. Dem Gefangenen kann höchstens gestattet werden, mit dem Gefängniswärter über bessere Rationen zu verhandeln.

Aber vielleicht wird der Groschen fallen, selbst bei gläubigen Sozialdemokraten, deren eigene Geschichte von blutiger imperialer Gewalt durchdrungen ist: Wenn ihr die Gewalt der Unterdrückten nicht ertragen könnt, dann stoppt die Unterdrückung.

Deutsche Übersetzung: Hermann Kopp

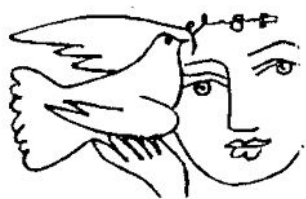
Anmerkungen der Redaktion:

[1] Mau-Mau: antikoloniale Unabhängigkeitsbewegung in Kenia, die von 1952 bis 1960 Krieg gegen die weißen Siedler und die Kolonialmacht Großbritannien führte.

[2] FLN: Nationale Befreiungsfront in Algerien, die von 1954 bis 1962 Krieg für die Unabhängigkeit Algeriens führte.

Weitere Quellenangaben siehe Online-Fassung

## Zum Israel-Palästina-Konflikt



Anlässlich der Gewaltexplosion im israelisch-palästinensischen Konflikt erklärt der Bundesausschuss Friedensratschlag in einer ersten Stellungnahme am 9.10.2023:

Der Angriff der Kassem-Brigaden aus dem Gazastreifen auf Israel füllt die Schlagzeilen. Wie im Ukraine-Krieg wird er als überraschend, unprovziert und brutal dargestellt, und wieder ist die deutsche Außenministerin eine der ersten, die einer der Kriegsparteien die uneingeschränkte Solidarität verspricht.

Doch der Angriff hat eine Vorgeschichte, die in der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik israelischer Regierungen seit 1967 zu suchen ist und immer wieder zu Gewaltausbrüchen zwischen den Konfliktparteien führte. Versuche, den Konflikt durch eine Zwei-Staaten-Lösung zu entschärfen, wurden von israelischer Seite wieder und wieder blockiert.

Entwicklungen, die eine Annäherung

von einzelnen arabischen Staaten und Israel anbahnen und die Interessen der Palästinenser dabei übergehen, sowie die gewaltsame Besatzungspolitik der derzeitigen rechtsradikalen Netanjahu-Regierung, die seit Jahresbeginn etwa 300 palästinensische Todesopfer im Westjordanland forderte, bilden den provokatorischen Hintergrund für den Angriff aus dem Gazastreifen auf israelisches Territorium.

Erst am Vorabend des Angriffs hatten israelische Siedler zum wiederholten Mal und unter dem Schutz der Armee die Kleinstadt Huwara in einem pogromähnlichen Überfall angegriffen und einen 16jährigen getötet.

Der israelische Finanzminister Beatalel Smotrich hatte angekündigt, die Stadt auslöschen zu wollen. Ohne die Asymmetrie von Gewalt und Gewaltanwendung in diesem Konflikt zu benennen und zu bekämpfen, wird eine Lösung nicht möglich sein.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag kritisiert die Haltung der Bundesregierung, in dieser eskalierenden Situation einseitig auf das Recht Israels auf Selbstverteidigung im Rahmen der deutschen Staatsräson für Israels Sicherheit zu pochen: Die israelische

Regierung hat ein Bombardement des Gazastreifens begonnen, den kriegsgeschundenen Menschen im Gazastreifen den Strom abgeschaltet sowie den Import aller Güter inklusive Kraftstoff blockiert und einen langen Krieg angekündigt.

Meldungen, dass auch die Spannungen an der Nordgrenze Israels zunehmen und der Eintritt der Hisbollah in den Konflikt im Raume steht, sollten doch eigentlich dazu führen, dass die Bundesregierung die Konfliktparteien insgesamt zu Zurückhaltung und Mäßigung aufruft.

Der im Koalitionsvertrag festgelegte Vorsatz, sich für eine Zweistaatenlösung einsetzen zu wollen, harrt mehr denn je der Umsetzung. Die Sicherheit Israels ist erst dann gewährleistet, wenn eine ausgehandelte Zwei-Staaten-Lösung umgesetzt ist.

Wir verlangen, dass sich die Bundesregierung sofort für einen Stopp der Kampfhandlungen und der Aufhebung der Blockade des Gazastreifens einsetzt, alle verfügbaren diplomatischen Kräfte mobilisiert und endlich den Verhandlungsweg zu einer Zwei-Staaten-Lösung nachhaltig fördert.

### Westliche Heuchelei: Wollen wir wirklich den "Big Bang" in Nahost? - Höchste Zeit für Diplomatie

von Michael Lüders

[...] Finanzminister Beatalel Smotrich bezeichnet sich ungezielt als "Faschisten", der Minister für Nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, plädiert unverhohlen für die "ethnische Säuberung" von Palästinensern. Die israelische Zeitung Haaretz bezeichnet ihn als "jüdischen Terroristen".

Insoweit ist es nur folgerichtig, dass die Regierung Netanjahu auf Kollektivbestrafung setzt und eine "totale Blockade" über den Gazastreifen verhängt hat. Die Versorgung mit Strom, Wasser und Lebensmittel wurde eingestellt. Völkerrechtlich gelten Kollektivstrafen als Kriegsverbrechen – doch wen interessiert das, im vermeintlich wertorientierten Westen?

Wie bei allen Kriegen, siehe auch den in der Ukraine, sind Politik und Leitmedien bemüht, ein möglichst einheitliches Narrativ über gegebene Kriegsursachen und -verläufe zu vermitteln. Andernfalls riskieren Entscheider und Meinungsmacher, Rückhalt oder Glaubwürdigkeit einzubüßen. Dabei geht es in der Regel nicht um Sachlichkeit, um Hinter-

gründe oder Ausgewogenheit, sondern um Moralisation – hier die Guten, also auch "wir", dort das absolut Böse, die ultimative Bedrohung für Freiheit und Demokratie.

Zwei große erzählerische (propagandistische) Linien bestimmen das sich abzeichnende politisch-mediale Framing auch im Nahen Osten. Die eine richtet ihren Fokus auf den Iran, auf "fanatische Mullahs", die "den Terror gegen Israel" unterstützen. Angereichert um Handlungsempfehlungen an die Politik, harte Kante wider Teheran zu zeigen.

Eine leichte Übung angesichts des ohnehin bestehenden Negativimage Irans. Ob selbst verschuldet oder nicht spielt dabei keine Rolle. Es fehlt auch nicht an Spekulationen über angebliche iranische Waffenlieferungen an die Hamas. Die naheliegende Frage, wie die denn in den abgeriegelten Gazastreifen gelangt sein sollen, bleibt dabei unbeantwortet.

Die zweite Linie dürfte ihre Wirkung erst noch entfalten. Den entscheidenden Aufschlag setzte Israels Präsident Jitzchak Herzog: "Seit dem Holocaust sind nicht mehr so viele Juden an einem Tag getötet worden", erklärte er am 9. Oktober. Das ist sachlich nicht falsch und dennoch, oder gerade deswegen, ein potenzieller rhetorischer Richtblock. [...]

Quelle: Telepolis (17.10.2023)

## Friedenspolitik: Aufgabe der Gewerkschaften gegen sozialen Kahlschlag

von Christof Ostheimer



Leicht gekürzte Fassung eines Redebeitrages beim ver.di-Bundeskongress Sept. 2023. | Foto: JungeWelt (mit Christof Ostheimer im Bild)

Seit Beginn des Ukrainekrieges steigen die Aktienurse, die DAX-Konzerne konnten 170 Mrd. € Gewinn verbuchen. Fallen tun hingegen die Menschen, meist junge Männer, und das zu Hunderttausenden. Sinken tun auch die Reallöhne (um 4%), trotz massiver Streiks der Beschäftigten, geführt von ihren Gewerkschaften wie unserer ver.di.

Der Kanzler hat [in seinem Redebeitrag auf dem ver.di-Kongress] die geplanten unsozialen Grausamkeiten nicht auf den Tisch gelegt. Kein Wort dazu, dass Sozialabbau und Reallohnverlust nur die Kehrseite der höchsten deutschen Militärausgaben seit 1945 sind. Nach Nato-Kriterien werden dies 85,5 Milliarden Euro sein.

Im Haushaltsansatz der Bundesregierung springen dagegen Kürzungsposen ins Auge wie: Minus 93% bei Müttergenesungswerk und Familienferienstätten, Minus 77 % für Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätten, (die Freie Jugendhilfe muss mit 19% weniger auskommen, bei Wohngeld sind es minus 16%, und bei Bafög minus 24%).

Mit Grauen blicke ich auf das Sterben dort im Krieg, aber auch hier in unserem Land. Wir erleben nämlich eine dramatische Situation der Kliniken. Es droht ein Kahlschlag bei der Gesundheitsversorgung und die Schließung vieler Krankenhäuser, ohne dass von der Bundesregierung ernsthaft gegengesteuert wird.

Nicht nur unsere Kolleginnen und Kol-

legen im Gesundheitswesen sondern das Gesundheitssystem selbst wird kaputt gemacht (von den anderen Infrastrukturbereichen, den Schulen, den Brücken, den Bahnstrecken usw. will ich aus Zeitgründen gar nicht sprechen). Die neoliberale Wirtschaftspolitik nimmt offensichtlich den Tod von Millionen Menschen in Kauf, die sich eben keine Operation an einer Privatklinik im Ausland leisten können. Eine Perspektive, die mich an die aktuelle Situation in Großbritannien erinnert, wo derzeit 7,6 Millionen Menschen auf Wartelisten für Routineoperationen stehen.

Verantwortlich hierfür ist diese Bundesregierung mit ihrem (- von Sarah Wagenknecht im Bundestag so genannten -) „Wirtschaftskrieg“ gegen Russland. Dass dieser Wirtschaftskrieg (die berühmten Sanktionen) Deutschland (und damit der deutschen Bevölkerung) mehr schadet als Russland, pfeifen inzwischen die Spatzen von allen wirtschaftspolitischen Dächern.

Es ist ja nicht nur die Inflation infolge der nicht mehr aus Russland importierten preiswerten fossilen Energieträger Gas und Öl. Wir haben inzwischen ein sinkendes (!) Bruttoinlandsprodukt, ganze Industriezweige wandern in die USA oder sonst wohin ab.

Die lange geleugnete Deindustrialisierung Deutschlands findet tatsächlich statt. Für diesen beispiellosen Niedergang trägt diese Bundesregierung die Verantwortung. (Nicht dass ich meinen würde, die Oppositionsparteien CDU/CSU oder gar die AfD würden es besser gemacht haben, auch nicht von „der Linken“, die sich leider mehrheitlich von ihren ehemaligen WählerInnen und deren Interessen entfernt hat und dafür gerade die Quittung erhält.)

Es bleibt die Aufgabe der Gewerk-

schaften, es bleibt unsere ureigenste Aufgabe, das Einkommen und die Lebensbedingungen der arbeitenden Menschen zu sichern, die Kindergrundsicherung für die Familien, die es wirklich brauchen, durchzusetzen und eine auskömmliche Rente in der Zukunft zu gewährleisten.

Dazu muss aber eine echte Opposition in den Betrieben und auf der Straße gegen die neoliberale Wirtschaftspolitik und insbesondere gegen die Hochrüstungs- und Kriegspolitik organisiert werden. Die unübersehbare Kriegsbeteiligung Deutschlands (man denke nur an die jährlich fünf Milliarden „Ertüchtigungshilfe“, die bis 2027 an die Ukraine geleistet werden soll) muss beendet werden.

Frank Bsirske brachte es vor vier Jahren bei seinem Geschäftsbericht auf den Punkt, als er (in Leipzig zum wiederholten Male) den historischen Spruch „Kanonen statt Butter“ in sein Gegenteil verkehrte und forderte: „Butter statt Kanonen!“ In meinem damaligen Diskussionsbeitrag konnte ich den Vorsitzenden unserer Gewerkschaft dafür loben. Wie gerne hätte ich das heute, hier in Berlin auch getan.

Auf dem 5. Bundeskongress in Leipzig stand die Unterstützung der vielen Menschen, die vor Krieg, Hunger und Umwelterstörung in ihren Heimatländern zu uns nach Europa flüchten, ganz im Vordergrund.

Wegen 35.000 gefährdeter Plätze bei den Freiwilligendiensten steht heute jede dritte Migrationsberatungsstelle vor dem Aus, kritisiert die AWO. Damit hat die AfD kein Problem. Sie steht für Pushbacks und noch härtere Frontex-Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Auch mit der Hochrüstung Deutschlands ist die AfD sehr einverstanden; nur scheinbar setzt sie sich für Frieden ein. Sie wünscht sich ein militärisch starkes Deutschland, das eine Führungsrolle in der Welt einnehmen soll. Genau das wollen wir, die friedensbewegten ver.di-Kolleginnen und Kollegen, nicht.



## Aufruf zur bundesweiten Demo am 25.11.2023 in Berlin



### Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen -- Zukunft friedlich und gerecht gestalten

21 Kriege und 216 bewaffnete militärische Auseinandersetzungen bedrohen aktuell die Welt (Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung HIIK). Die Gefahr einer Ausweitung des Krieges in der Ukraine bis hin zu einem Atomkrieg wächst von Tag zu Tag. Täglich sterben unschuldige Menschen. Wir sind besorgt um unsere Zukunft, die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder. Wir brauchen eine Kultur des Friedens und eine gemeinsame Sicherheit.

Anstatt auf Deeskalation und Diplomatie zu setzen, liefert die Bundesregierung immer mehr Waffen und rüstet massiv auf. Große Teile der Politik und Medien militarisieren die Gesellschaft. Erstmals wird Deutschland das Zwei-Prozent-Ziel (nach NATO-Kriterien) erreichen. Mit 85,5 Milliarden Euro sind die Militärausgaben 2024 die größten seit Bestehen der Bundesrepublik. Das Gesundheitswesen, die Infrastruktur, Unterstützung für Kinder und bezahlbare Mieten, Bildung, Wissenschaft und Ausbildung sind dagegen durch dramatische Mittelkürzungen bedroht. Für immer mehr Menschen zeichnet sich eine soziale und ökonomische Katastrophe ab.

Dazu tragen in erheblichem Maße auch die Sanktionen gegen Russland bei, die die Menschen im globalen Süden, in Europa und in Deutschland tref-

fen: Inflation, gestiegene Energie- und Lebensmittelpreise sowie Reallohnverlust treffen die Bevölkerungen, vor allem deren ärmere Teile, und gefährden die industrielle Entwicklung auch in unserem Land. Im globalen Süden drohen Hungerkrisen, weil Getreide, Mais, Pflanzenöl und Düngemittel nicht mehr ankommen, und die Preise massiv gestiegen sind.

Es ist höchste Zeit für eine Friedenspolitik in der Ukraine, in Europa und weltweit. Im Vorfeld des Krieges in der Ukraine wurden Warnungen ignoriert und Lehren zur Kriegsvermeidung missachtet.

Wir müssen die Rutschbahn in Richtung 3. Weltkrieg und in ein soziales, ökonomisches und ökologisches Desaster stoppen. „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.“ (Willy Brandt) Nur im Frieden und nur durch gemeinsame globale Anstrengungen sind soziale Entwicklung, Schutz von Klima und Natur und eine lebenswerte Zukunft für alle möglich.

Wir verurteilen den russischen Einmarsch vom 24.2.2022 in die Ukraine. Ebenso verurteilen wir auch die vorangegangenen Vertragsbrüche und nicht eingehaltenen Zusagen der NATO-Staaten.

Die ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Ein Waffenstillstand und Verhandlungen zur Beendigung des Krieges statt einer weiteren Eskalation sind in ihrem Interesse. Das Töten und Blutvergießen und die Zerstörung des Landes und der Umwelt müssen umgehend gestoppt werden. Verhandlungslösungen und Pläne liegen auf dem Tisch. Verhandeln heißt nicht kapitulieren,

sondern Lösungen für komplizierte Herausforderungen finden!

Wir fordern von der Bundesregierung ein Ende der ungehemmten Aufrüstung sowie eine sofortige Vermittlung für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Sie muss eigene diplomatische Initiativen entwickeln und bestehende Friedensvorschläge unterstützen – besonders die des globalen Südens.

Es gibt keinen Grund, sich von der Entspannungspolitik zu distanzieren. Das Versagen liegt vielmehr darin, dass sie 1990 nicht zur Leitidee des neuen Europas weiterentwickelt wurde. Wir treten ein für eine neue Entspannungspolitik und für Rüstungskontrolle und Abrüstung.

> Die Waffen müssen schweigen. Verhandlungen und Diplomatie sind das Gebot der Stunde.

> Waffenexporte und Eskalationspolitik verschärfen Kriege und Krisen und verlängern sie.

> Abrüstung! Ausgaben für das Militär senken, Milliarden in soziale Ausgaben investieren.

Wir wollen eine soziale, ökologische und demokratische Bundesrepublik Deutschland als Teil einer gerechten Weltordnung ohne Krieg, Hunger und Ausbeutung.

Es ist Zeit, dass wir Bürgerinnen und Bürger uns wieder stärker in die politischen Auseinandersetzungen einmischen. Deshalb rufen wir auf, am 25.11 – am Samstag vor der Verabschiedung des Bundeshaushaltes – gemeinsam für Frieden und Abrüstung, Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine und Friedensverhandlungen zu demonstrieren.

*Initiiert von der „Ukraine Initiative – die Waffen nieder“*

Weitere Infos unter:

[www.nie-wieder-krieg.org](http://www.nie-wieder-krieg.org)

## (Doppel-)Moral statt Interessengesteuerte Politik

Michael Lüders: *Moral über alles?* - Goldmann-Verlag, 1. Auflage 2023, 256 Seiten, 18 Euro



Michael Lüders gehört seit Jahren zu den leider sehr wenigen kritischen Stimmen in geopolitischen Fragen, die auch in den Leitmedien Gehör finden. In seinen Buchveröffentlichungen hat er sich vor allem auf den Nahen Osten (u.a. Saudi-Arabien, Afghanistan) konzentriert. Auch sein neues Buch, das im Juni 2023 erschienen ist, ist bereits ein Bestseller.

Das Vorwort des Buches beginnt mit den Sätzen:

*„Der Moralismus ist das Schwert der Unvernunft, das die Welt in Gut und Böse teilt. Dieses Buch handelt nicht vom Krieg in der Ukraine – und doch zieht es sich wie ein roter Faden durch fast alle Kapitel“.*

Titel und Untertitel des Buches können leicht zu Missverständnissen führen. Michael Lüders hält keineswegs ein Plädoyer für nationale Interessen, was politisch durchaus angreifbar wäre, sondern verweist auf jahrhundertealte Konstanten staatlicher Politik.

Dazu unternimmt er einen historischen Rückblick, der sehr aufschlussreich ist. Bis zum Mittelalter sei Politik mit Religion und Moral verschmolzen gewesen. Mit der Emanzipation des modernen Staates von der Religion kam es zu einer Abkehr von Gut und Böse,

fortan stand die Staatsräson über allem. Diese wurde zu Beginn des 16. Jahrhunderts durch den Florentiner Philosophen und Politiker Niccolò Machiavelli entscheidend geprägt. Seiner Ansicht nach war ethisches Verhalten im privaten Bereich zwar nach wie vor erstrebenswert, aber nur wenige Menschen waren dafür empfänglich. Gerade deshalb sei es dringend notwendig, die Öffentlichkeit und den Staat von jeglicher Moral fernzuhalten – und umgekehrt. Politisches Handeln sei nur dann sinnvoll, wenn die eingesetzten Mittel dem Staat nützten.

Machiavellismus sei heute ein negativ besetzter Begriff, der für eine skrupellose Machtpolitik steht, was aber den Ideen von Machiavelli nur teilweise gerecht werde.

Michael Lüders stellt am Ende dieser Ausführungen nochmals klar: Es geht nicht darum, was prinzipiell wünschenswert wäre – wozu „in einer anderen Welt“ durchaus auch moralische Prinzipien in der Politik gehören würden, nicht jedoch in der heutigen Realität.

Die Entwicklungen in der politischen Kultur Deutschlands fasst Michael Lüders in einem Abschnitt mit der Überschrift *„Moralismus bedingt eine totalitäre Politik“* wie folgt zusammen:

*„Wo Gefühle die Debatte bestimmen, nicht Argumente, kommt es unvermeidlich zur Verteufelung Andersdenkender, sind Verständigung, Kompromiss oder gegenseitiger Respekt kaum möglich. Wer moralisch Position bezieht, wähnt sich im Besitz einer höheren, wenn nicht unumstößlichen Wahrheit und kann schwerlich nachgeben, allein schon aus Gründen der Selbstachtung. Es geht dabei weniger um die Sache selbst, als vielmehr um die Zugehörigkeit zu einer identitätsstiftenden Gruppe, um die Eigenwahrnehmung der jeweiligen ‚Konsensgemeinschaft‘. Wer ihr nicht angehört, riskiert Ablehnung und Ausgrenzung“.*

Das abschließende Kapitel des Buches ist überschrieben mit: *„Entweder Transatlantiker oder Pro-Europäer – Plädoyer für das Eigeninteresse“.*

Mit dieser Aussage bezieht sich Mi-

chael Lüders auf Egon Bahr. Beides zusammen gehe nicht. *„Bahr war mitnichten anti-amerikanisch eingestellt, doch war ihm bewusst, dass die Interessen der USA nicht notwendigerweise auch die Deutschlands und Europas sein müssen.“* Ohne seine pragmatische Denkweise und die davon geprägte Ostpolitik unter Willy Brandt in den 70er Jahren hätte es nach Meinung von Michael Lüders *„wahrscheinlich weder die deutsche Wiedervereinigung noch ein zumindest theoretisch geeintes Europa gegeben“.*

Michael Lüders schließt sein Buch mit mehreren Thesen, was er unter pro-europäisch versteht (*„Egon Bahr neu entdecken“*). Zusammenfassen lassen sich diese wie folgt:

Der Umgang mit Russland und Ukraine setzt voraus, *„dass wir zurückfinden zu einer Kultur des gegenseitigen Respekts und der angstfreien Kommunikation, jenseits von Gut hier und Böse dort“.*

Pro-europäisch sein, bedeute auch die selbstbewusste Wahrnehmung nationaler Interessen, die vor allem ökonomisch geprägt sind. *„Den eigenen Wohlstand auf dem Altar des Moralismus zu opfern, ist keine Politik, sondern ein Offenbarungseid“.*

Pro-europäisch sein, bedeute auch, sich keinen Illusionen hinzugeben. Die EU werde nie zu einer politischen Einheit Europas führen. *„Die bitterste Einsicht aber steht vielen noch bevor: Die Tage des Westens sind gezählt. Die künftige Welt wird eine multipolare sein, in der die Europäer nur noch eine untergeordnete Rolle spielen“.*

Abschließend zitiert Michael Lüders ausführlich die kürzlich verstorbene Grünen-Politikerin Antje Vollmer, die er für eine herausragende Persönlichkeit mit humanistischen und vor allem friedenspolitischen Überzeugungen hält. Noch kurz vor ihrem Tod gehörte sie zu den Mitunterzeichnern eines offenen Briefes der Gruppe *„Neubeginn 2020“*. Die Ausführungen dieser Gruppe an die Friedens- und Umweltbewegung ersetzen ein eigenes Schlusswort des Autors.

Karl-Heinz Peil



### Konversionsbroschüre

Ein Teil der zurückliegenden Bundesgartenschau 2023 in Mannheim fand auf dem Gelände der früheren US-Kaserne Spinelli statt und stellt ein gelungenes Beispiel für die Konversion einer Kaserne dar. Der Förderverein Frieden hat im Rahmen einer eigenen Ausstellung FRIEDENSKLIMA aufgezeigt, wie Menschen und die Natur in Mannheim und Umgebung durch die militärische Nutzung schon im „normalen“ Militärbetrieb belastet werden. Dieses erfolgt vor allem durch Militär- und Munitionstransporte sowie ökologisch gravierende Beeinträchtigungen der Stadtentwicklung.

Es wird auch verdeutlicht, welchen Nutzen die Stadt durch die Konversion hat und dass die 210 Hektar große Coleman Barracks im Mannheimer Norden weiterhin von der US-Armee für die Wartung von Panzern und Fahrzeugen genutzt wird und eine Konversion noch aussteht.

Der Förderverein für Frieden, Abrüstung und internationale Zusam-

menarbeit e.V. hat die Broschüre „Konversion der Coleman Barracks in Mannheim Status – Potenziale – Widerstände“ veröffentlicht. Darin untersucht der Autor Karl-Heinz Peil anknüpfend an den 2011 bis 2016 durchgeführten Prozess zur Militärkonversion in Mannheim die Anforderungen und Optionen für die Coleman Barracks als verbleibende Militärfäche.

Welche Aktualisierungen ergeben sich zwölf Jahre nach Beginn der intensiven Bürgerbeteiligung und dem daraus resultierenden Meinungsbild? Welche Chancen hat die Stadt Mannheim vor dem Hintergrund aktueller politischer Entwicklungen und dem daraus resultierenden „Bedarf“ der U.S. Army für eine Rückgabe des Geländes?

Wie hängen dabei globales Denken und lokales Handeln zusammen? Auf diese Fragen gibt die Broschüre keine fertigen Antworten, aber wichtige Hinweise und Impulse für eine (Wieder-)Belebung der Diskussion auf lokaler Ebene. (OR/KP)

### Konversion der Coleman Barracks in Mannheim

#### Status - Potenziale - Widerstände



Herausgeber:  
Förderverein für Frieden, Abrüstung  
und internationale Zusammenarbeit e.V.

mit Unterstützung der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK



Bertha von Suttner  
Stiftung  
der DFG-VK

Weitere Infos:

<https://frieden-mannheim.de/konversion-zivile-statt-militaerische-nutzung/>



### IMI-Kongress: Deutschland im Kriegszustand?!

#### SAMSTAG

12h15-13h30 **Deutschland im Krieg (mit Russland)?** (Tobias Pflüger)

14h00-15h15 **Die Medien im (Ukraine-)Krieg** (Pablo Flock)

15h45-17h45 **Mental im Krieg? Von der Ächtung zur neuen Akzeptanz von Militär, Bundeswehr und Waffen?!**

- Banaler Militarismus (Alexander Kleiß)
- Vereinnahmung emanzipatorischer Bewegungen (Jacqueline Andres)
- Rekrutierungsstrategien in der Zeitenwende (Michael Schulze v. Glaßer)
- Zivilklausel im Fadenkreuz: Aufbruch in einen militärisch-universitären Komplex? (Chris Hüppmeier)

19h-20h30 **Rüstungsexporte: Vehikel für Macht- und Interessenspolitik**

- Deutsche Rüstungsexportkontrolle: Gegenwärtige Praxis und notwendige Änderungen (Susanne Weipert)
- Waffenlieferungen: Interessen, Gefahren und Folgen (Claudia Haydt)

#### SONNTAG

9h30-10h45 **Kriegswirtschaft? Eine wirtschafts- und militärpolitische Einordnung**

- Deutschland: Auf dem Weg in die Kriegswirtschaft? (Martin Kirsch)
- Europa: ASAP in die Kriegswirtschaft? (Özlem Demirel)

11h-12h15 **Die Folgen der Aufrüstung: Sozial und global**

- Zeitenwende: Rüstung durch Sozialabbau (Jürgen Wagner)
- Der Globale Süden: Militarisierung und schwindende Ressourcen (Pablo Flock)

12h30-14h Abschlusspodium: **Zeitenwende(n): Raus aus der Schockstarre – Rein in die Bewegungen!**

# Bundesweiter Friedensratschlag in Kassel am 9. und 10. Dezember 2023



Einlass und Anmeldung am Samstag ab 11 Uhr

## Block I: Sa. 12:15 – 14:30 (Plenum)

### Begrüßung

**Vortrag 1:** Globale Neuordnung in Zeiten von Krieg und Krisen | *Heinz Bierbaum, Rosa-Luxemburg-Stiftung*

**Vortrag 2:** Lateinamerikas Rolle in der multipolaren Welt | *Juana Martinez Gonzalez, Botschafterin der Republik Kuba*

**Vortrag 3:** Ukraine-Krieg und die Rolle der EU | *Özlem Alev Demirel, MdEP*

**Vortrag 4:** Deutsche Geopolitik zwischen Ambitionen und Scherbenhaufen | *Jörg Kronauer*

## Block II: Sa. 14:45 – 16:15 (parallel)

**Workshop 1:** Weltweite Entwicklungen und die Rolle des globalen Südens | *Heinz Bierbaum | Juana Martinez Gonzalez*

**Workshop 2:** Außenpolitik von EU und Deutschland im Zeichen des Ukraine-Krieges | *Özlem Alev Demirel | Jörg Kronauer*

**Workshop 3:** Der Nahe und Mittlere Osten im Umbruch | *Karin Leukefeld*

**Workshop 4:** Friedensverhandlungen zum Ukraine-Konflikt – Status und Perspektiven | *Michael von der Schulenburg | Norman Paech*

**Workshop 5:** Afrika zwischen neokolonialer Ausbeutung und multipolarer Eigenständigkeit | *Boniface Mombanza*

## Block III: Sa. 16:30 – 18:00 (parallel)

**Workshop 1:** Ist ein souveränes EUropa nur aufgerüstet denkbar? | *Jürgen Wagner | Detlef Bimboes [angefragt]*

**Workshop 2:** Rolle der Wissenschaft im Kampf um Frieden, Zivilklause | *Werner Ruf | N.N.*

**Workshop 3:** Aufrüstung und Repression, Grundrechte und soziale Frage in Zeiten von Krisen und Krieg | *Rolf Gössner, Bremen | Eberhard Schultz, Berlin*

**Workshop 4:** Die Rolle der Türkei im Nahen und Mittleren Osten | *Murat Cakir*

**Workshop 5:** Wohin entwickelt sich China? | *Jan Turowski [angefragt]*

**Workshop 6:** Afrika zwischen neokolonialer Ausbeutung und multipolarer Eigenständigkeit | *Boniface Mombanza*

## Block IV: Sa. 18:30 – 20:00 (parallel)

**Workshop 1:** Friedensbewegung in Zeiten globaler und Umweltkrisen | *Michael Müller, Jürgen Scheffran*

**Workshop 2:** Atomwaffen: Kriegsszenarien und Nuklear-Terrorismus | *Angelika Claußen [angefragt], Regina Hagen*

**Workshop 3:** Kriegspropaganda in den Leitmedien und aufklärerische Alternativen | *Sabine Schiffer | Ekkehard Sieker*

**Workshop 4:** Jugend und Militär: Widerstand gegen Bundeswehrpräsenz in Ausbildung und Hochschulforschung | *N.N. (SDAJ)*

**Workshop 5:** Der Gaza-Krieg und die Palästina-Solidarität | *Fanny-Michaela Reisin [angefragt]*

**Workshop 6:** Erwünschte und unerwünschte Migration | *Timo Scherenberg (Hess. Flüchtlingsrat)*

## Block I: So. 9:00 – 10:00 (Plenum)

**Vortrag:** Frieden und gemeinsame Sicherheit auch mit Russland | *Gabriele Krone-Schmalz*

## Block II: So. 10:15 – 11:45 (parallel)

**Workshop 1:** Soziale Armut – gesegnetes Militär | *Christoph Butterwegge*

**Workshop 2:** Gewerkschaftlicher Widerstand – Militärischer-Industrieller Komplex – Konversion | *Anne Rieger | Robert Weißbrunner (IG Metall)*

**Workshop 3:** Rechtsentwicklung und Rechtsextremismus in Deutschland und der EU | *Ulrich Schneider, FIR*

**Workshop 4:** Erfahrungsaustausch örtlicher und regionaler Friedensarbeit | *Jutta Kausch-Henken | Wiebke Diehl*

**Workshop 5:** Israel – ein Apartheidstaat? Wenn ja, was bedeutet das für Deutsche? | *Ulrich Duchrow, BIP*

## Block III: So. 12:00 – 14:00 (Plenum)

**Podium mit Video-Zuschaltungen:** Internationale Ausrichtung und gemeinsame Positionen der Friedensbewegung | *Medea Benjamin (USA) | evtl. Moshe Zuckerman (Israel) | Sevim Dagdelen | Alain Rouy (F) | evtl. Jeffrey Sachs (USA) | Moderation: Reiner Braun*

## Organisatorische Hinweise

**Ort:** *Philipp-Scheidemann-Haus, Halitplatz / Holländische Str. 74*

Näheres online auf <https://friedensratschlag.de>

**Anreise mit Bahn und ÖPNV:** von Kassel-Wilhelmshöhe mit ÖPNV-Ziel: **Halitplatz** mit Tram 1 Richtung Vellmar

**Anreise mit Pkw:** **Holländische Str. 74, 34127 Kassel**

**Anmeldung und Kostenbeitrag:** Für Teilnehmende wird an der Anmeldung vor Ort ein Standardbeitrag von **25 Euro** und reduziert von **15 Euro** erhoben. Reduzierung auf 15 Euro (z.B. Hartz IV, Studenten) bitte bei der Anmeldung angeben.

**Bitte Anmeldung möglichst nur per E-Mail an [anmeldung@friedensratschlag.de](mailto:anmeldung@friedensratschlag.de)**

Hotel-**Übernachtungen** müssen evtl. im weiteren Umfeld gebucht werden, wo eine gute Tram-Anbindung gegeben ist, z.B. in der Wilhelmshöher Allee.

Wenn Privat-Unterkünfte gewünscht werden, bitte eine Mail an: [info@kasseler-friedensforum.de](mailto:info@kasseler-friedensforum.de)



### Editorial

Seite 2

<https://www.ruv.de/newsroom/themenspezial-die-aengste-der-deutschen/pressemitteilungen/2023-10-12-studie-aengste-der-deutschen>

### Das Ende des Wirtschaftswachstums

Seite 3 bis 5

Buchauszug abgedruckt unter:

[https://menschengerechtwirtschaft.de/wp-content/uploads/2023/08/Auszug-Buch-Ende-des-Wirtschaftswachstums.pdf](https://menschengerechsetwirtschaft.de/wp-content/uploads/2023/08/Auszug-Buch-Ende-des-Wirtschaftswachstums.pdf)

Grafik: Designed by macrovector / Freepik

Screenshot: YouTube

### Die Bilanz der Nordstream-Sprengung

Seite 6 und 7

German Foreign Policy: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9356> (26.9.2023)

Grafik: <https://ruegenegenlng.de/>

#### Fußnoten

[1] S. dazu [Tatort Ostsee \(II\)](#) und [Tatort Ostsee \(III\)](#).

[2], [3] Matthias von Hein: Nordstream-Sprengung: Viel Spekulation, wenige Fakten. dw.com 25.09.2023.

[4] Carola Tunk: Nord-Stream-Anschläge: Wirtschaftliche Beziehungen zu Russland nach Kriegsende – ja oder nein? berliner-zeitung.de 19.09.2023.

[5] Davide Ghilotti: Japanese trader Mitsui has no plans for Russian LNG exit. upstreamonline.com 21.06.2023.

[6] Amidst Arctic investment, Japan pledges G7 cooperation on fresh sanctions on Russia. rcinet.ca 25.09.2023.

[7] BDEW: Erdgasdaten aktuell. 31.08.2023.

[8] Deutsche LNG-Terminals importieren kaum Gas. tagesschau.de 14.07.2023.

[9] BDEW: Erdgasdaten aktuell. 31.08.2023.

[10] Alice Hancock, Shotaro Tani: EU imports record volumes of liquefied natural gas from Russia. ft.com 30.08.2023.

[11] EU imports of Russian LNG have jumped by 40% since the invasion of Ukraine. globalwitness.org 30.08.2023.

[12], [13] LNG: Wie viel Flüssigerdgas kommt derzeit in Deutschland an? ndr.de 25.09.2023.

### Globale Energiepartnerschaften und deutscher Neokolonialismus

Seite 8 und 9

#### Fußnoten

[1] <https://neue-entspannungspolitik.berlin/50-jahre-erdgas-roehren-vertrag-wirtschaft-und-entspannungspolitik/>

[2] <https://www.telepolis.de/features/Scheinheilig-Das-hat-Kolumbiens-Praesident-dem-Westen-zu-sagen-9321396.html>

[3] Nach uns die Sintflut <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8973>

[4] <https://www.fr.de/wirtschaft/gastwirtschaft/hype-um-den-wasserstoff-91133768.html>

[5] <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/habeck-afrika-reise-101.html>

[6] <https://www.ipg-journal.de/regionen/afrika/artikel/die-wette-mit-dem-wasserstoff-6358/>

[7] siehe dazu: <https://en.geidco.org.cn/>

[8] G77-Gipfel 2023 mit der Erklärung von Havanna: <https://www.netzwerk-cuba.org/2023/09/g77-und-china-erklaerung-von-havanna-zu-den/>

[9] Deutsche Wasserstoffstrategie (Fortschreibung): <https://dserver.bundestag.de/btd/20/079/2007910.pdf>

#### Weitere Infos zur Thematik

Deutscher Energie-Imperialismus und der Klimaschutz

<https://www.telepolis.de/features/Energie-Partnerschaften-und-Nachhaltigkeitsziele-der-Agenda-2030-6149532.html>

Infoportal Umwelt und Militär:

<https://umwelt-militaer.org/ressourcen-und-geopolitik/>

### Steht dem Nahen Osten ein neuer Krieg bevor?

Seite 10 bis 12

auf den Nachdenkseiten.de unter:

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=104968>

auf Globalbridge.ch unter:

<https://globalbridge.ch/steht-dem-nahen-osten-ein-neuer-krieg-bevor/>

### Die Ursache der Gewalt ist Unterdrückung

Seite 13

Original:

<https://www.jewishvoiceforpeace.org/2023/10/statement23-10-07/>

Foto :

[https://en.wikipedia.org/wiki/Protests\\_on\\_the\\_2023\\_Israel%E2%80%933 Hamas\\_war](https://en.wikipedia.org/wiki/Protests_on_the_2023_Israel%E2%80%933 Hamas_war)

## Die Gewalt der Unterdrückten

Seite 14

Originalfassung unter:

<https://mronline.org/2023/10/12/the-violence-of-the-oppressed/>

auch abgedruckt unter:

<https://www.peoplesworld.org/article/no-one-should-cheer-the-slaughter-in-israel/>

### Anmerkungen

zur Mau-Mau: <https://de.wikipedia.org/wiki/Mau-Mau-Krieg>

zur FLN: <https://de.wikipedia.org/wiki/Algerienkrieg>

## Stellungnahme Bundesausschuss Friedensratschlag

Seite 15

Online-Fassung: <https://friedensratschlag.de/zum-israelisch-palaestinensischen-konflikt/>

## Höchste Zeit für Diplomatie

Seite 15

<https://www.telepolis.de/features/Westliche-Heuchelei-Wollen-wir-wirklich-den-Big-Bang-in-Nahost-9336423.html>

## Friedenspolitik: Aufgabe der Gewerkschaften gegen sozialen Kahlschlag

Seite 16

Online-Fassung:

<https://friedensratschlag.de/friedenspolitische-wortmeldung-bei-ver-di-kongress/>

siehe auch: [Alle für den Frieden? – Gewerkschaft für Waffenlieferungen](#)

Zur Debatte auf dem ver.di-Bundeskongress:

Interview mit Christoph Ostheimer – UZ vom 6.10.2023

## Friedensnetz Baden-Württemberg

Seite 19

Infos zum IMI-Kongress:

<https://www.imi-online.de/2023/09/20/deutschland-im-kriegszustand/>

## Bundesweiter Friedensratschlag in Kassel

Seite 20

siehe <https://friedensratschlag.de>